

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG



Fachberater-Handbücher

Herausgegeben vom
Deutschen Steuerberaterinstitut e.V. (DStI)

Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)

Herausgegeben von

Prof. Rolf Rattunde

Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Fachanwalt für Insolvenz- und Steuerrecht, Insolvenzverwalter, Honorarprofessor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

bearbeitet von

Katrin Amberger, Stephanie Bschorr, Marc Fritze,
Dr. Peter Gramsch, Jan Kallies, Martin Lambrecht,
Prof. Dr. Torsten Martini, Prof. Rolf Rattunde,
Prof. Dr. Frank Reinhardt, Valentin Schmid,
Prof. Dr. Stefan Smid, Jesko Stark,
Dr. Dirk Streuber, Alexandra Suikat,
Dr. Silke Wehdeking, Thomas Witt

mit Beiträgen von

Prof. Dr. Axel Pestke, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e. V.,
und

Dipl.-Verw. (FH) Christian Michel, Rechtsanwalt,
Berufsrechtsreferent des Deutschen Steuerberaterverbandes e. V.

3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.d-nb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 16557 5](http://ESV.info/978_3_503_16557_5)

1. Auflage 2011
2. Auflage 2012
3. Auflage 2017

ISBN 978 3 503 16557 5
ISSN 1868-4041

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2017
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Gesetzt aus der Candida 9/11.

Satz: multitext, Berlin
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Das Berufsbild des Steuerberaters ist in den vergangenen Jahren zunehmend vielschichtiger und komplexer geworden. Die Mandanten fragen heute weit mehr als die klassische Beratung in steuerlichen Angelegenheiten nach. Dabei treten Steuerberater auch in den Wettbewerb mit anderen Berufsgruppen. Die Spezialisierung als Fachberater ist hier eine intelligente Strategie, um sich mit klarem Profil am Markt zu positionieren.

Die berufsständischen Organisationen Deutscher Steuerberaterverband e.V. (DStV) und Bundessteuerberaterkammer (BStBK) haben deshalb Konzepte entwickelt, die es Kollegen erleichtern, zu einer ausgewiesenen Spezialisierung zu gelangen. Dabei sind Kammer und Verband arbeitsteilig vorgegangen: Der DStV hat sich des Bereichs der so genannten vereinbarten Leistungen angenommen, die BStBK des Bereichs der Vorbehaltsaufgaben. Maßstab und Orientierung für die Fachberaterkonzepte waren und sind zum Teil die bewährten Fachanwaltschaften der Rechtsanwälte.

Zu den am stärksten nachgefragten Spezialisierungen aus dem Bereich der vereinbarten Leistungen gehört der „Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)“. Der DStV verfolgt mit dieser Spezialisierung sehr erfolgreich das Ziel, insbesondere die betriebswirtschaftliche Kompetenz des Steuerberaters stärker in den Dienst insolvenzgefährdeter Unternehmen zu stellen. Ein wesentlicher Bestandteil der Beratung ist dabei vor allem der Bereich der Sanierungsberatung, deren Bedeutung nicht zuletzt aufgrund des Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) immer stärker in den Fokus rückt. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, sehen die Fachberaterrichtlinien des Verbandes zu dieser Spezialisierung nicht nur profunde juristische Kenntnisse, insbesondere im Bereich des materiellen Insolvenzrechts und des Insolvenzverfahrensrechts, vor, sondern legen ihr Augenmerk vor allem auf Sanierungsfragen, d.h. auf betriebswirtschaftliche Aspekte.

Um die betriebswirtschaftliche Kompetenz der Steuerberater zu unterstreichen, wird mit dem Jahr 2017 die neue Bezeichnung „Fachberater für Restrukturierung und Unternehmensplanung (DStV e.V.)“ die Bezeichnung „Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)“ ersetzen. Dies hat der Vorstand des DStV einstimmig beschlossen. Die neue Bezeich-

nung gilt für die Absolventen künftiger Fachberater-Lehrgänge. Alle bereits anerkannten Fachberater erhalten ein Wahlrecht, ob sie ihre Bezeichnung weiterführen oder zur neuen Fachberaterbezeichnung wechseln möchten. Ein Wechsel ist für sie kostenfrei möglich und macht kein erneutes Anerkennungsverfahren erforderlich. Mit der neuen Bezeichnung wird künftig noch deutlicher hervorgehoben, dass qualifizierte Steuerberaterinnen und Steuerberater die richtigen Ansprechpartner sind, um Veränderungsprozesse in den Mandantenunternehmen mitzugestalten. Die neue Bezeichnung ist dabei geeignet, bei den Mandanten frühzeitig Hemmschwellen abzubauen und in Unternehmensfragen die Unterstützung ihres Beraters nachzufragen. Denn der neue Begriff der Restrukturierung setzt früher an als eine Sanierung, bei der die Krisensituation in der Regel schon eingetreten ist. Auch mit dem neuen Begriff der Unternehmensplanung wird der Fokus noch gezielter auf die Kompetenzen der Berater im Bereich der betriebswirtschaftlichen Beratung gerichtet.

Die Ergebnisse einer DStV-Umfrage unter den bislang anerkannten Fachberatern (DStV e.V.) ergaben für das Fachberaterkonzept des DStV erfreulicherweise hervorragende Noten. Für mehr als die Hälfte der Befragten haben sich die Erwartungen an den Fachberater (DStV e.V.) u.a. hinsichtlich der Mandantenzahlen und Kanzleiumsätze bereits heute erfüllt. 74 % der anerkannten Fachberater (DStV e.V.) würden ihren Berufskolleginnen und -kollegen den Erwerb einer solchen Fachberaterbezeichnung empfehlen.

Mit einer Zahl von rund 2.000 anerkannten Fachberatern (DStV e.V.) sieht sich der Verband in seiner bisherigen Arbeit bestätigt und wird auch zukünftig das Fachberaterkonzept weiterentwickeln und an die Bedürfnisse und Erwartungen der Berufsangehörigen anpassen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die vom Fachinstitut des DStV, dem Deutschen Steuerberaterinstitut e.V. (DStI), herausgegebene Schriftenreihe „Fachberater-Handbücher“. Die von renommierten Autoren verfassten Bände dieser Schriftenreihe bieten dem Fachberater maßgeschneiderte Unterstützung in allen Praxisfragen im Rahmen seiner jeweiligen Spezialisierung. Fachberater können damit auf adäquate Literatur speziell für ihre Belange zugreifen. Ich bin überzeugt, diese Schriftenreihe wird auch künftig einen wichtigen Beitrag für die erfolgreiche Tätigkeit als Fachberater und somit für die Entwicklung der Fachberaterkonzepte insgesamt leisten.

Berlin, im Dezember 2016

StB/WP Harald Elster
Präsident
des Deutschen Steuerberaterverbandes

Vorwort

Das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) hat den größten Eingriff in das Insolvenzrecht seit der Insolvenzrechtsreform im Jahre 1999 vorgenommen. Die bereits durch diese Reform eingeführten Verfahrensformen der Eigenverwaltung und des Insolvenzplans sollten hierdurch gestärkt werden; sie waren praktisch ziemlich bedeutungslos. Durch das ESUG haben Eigenverwaltungsverfahren und Insolvenzpläne eine Blüte erlebt und sind zu einem messbaren Faktor bei Unternehmensinsolvenzen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, geworden. Die Bedeutung des Eingriffs geht aber noch weiter, der Gesetzgeber hat geradezu eine neue Rechtskultur erschaffen, weil die buchstäblich Jahrhunderte alte Entscheidungsprärogative des Richters über das gerichtliche Verfahren geteilt wurde. Inzwischen nämlich bestimmen Gläubiger, vertreten durch Gläubigerausschüsse, bereits im Vorverfahren über die Einsetzung eines vorläufigen Insolvenzverwalters oder eines Sachwalters mit. Und in den besonders relevanten Schutzschirmverfahren, da, wo das Unternehmen noch gar nicht zahlungsunfähig ist, sondern es bloß zu werden droht, darf gar der Schuldner selbst seinen Sachwalter mitbringen. Dadurch ist jetzt eine Diskussionskultur entstanden, die bereits lange vor der Insolvenzantragstellung beginnt und die wichtigsten Beteiligten – den Schuldner und seine Berater, seine Gläubiger, das Insolvenzgericht und die übrigen relevanten Stakeholder – zu einem Diskurs und einem Kompromiss zwingt. Das Insolvenzrecht ist – dem Steuerrecht naheifernd – zu einer Dauerbaustelle geworden. Das Restschuldbefreiungsrecht für Verbraucher und selbständige Unternehmer wurde im Jahre 2014 komplett reformiert. Die europäische Union reformiert gerade das Konzerninsolvenzrecht, das Insolvenzanfechtungsrecht, und auf europäischem Rahmen das vorinsolvenzliche Sanierungsrecht, die Restschuldbefreiung des Menschen und des selbständigen Unternehmers und (ebenfalls) das Konzerninsolvenzrecht. Die hieraus sich ergebenden möglichen Änderungen des Stoffs können in der vorgelegten 3. Auflage nicht berücksichtigt werden, da ihre Auswirkungen noch zu ungewiss sind.

Ebenfalls eine Dauerbaustelle ist das Insolvenzsteuerrecht geworden. Eine aus Ministerien, Wissenschaftlern und Praktikern zusammengesetzte Kommission hat es nicht vermocht, die mangelhafte Verzahnung des Insol-

venzrechts mit dem Steuerrecht zu beheben. Es war schon schwierig, die Probleme zu definieren und unmöglich, hier nach Lösungen zu suchen. Das führt bei Unternehmenssanierungen regelmäßig zu einer Vielzahl steuerrechtlicher Probleme, die den insolvenzrechtlich möglichen Sanierungserfolg aus fiskalischen Gründen wieder gefährden. Zeitraubende und riskante Abstimmungsarbeit mit Finanzbehörden ist hier die Folge. Die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs schreitet unterdessen auf dem Weg zu eigenständiger Regulierung besonderer Problembereiche (Sanierungssteuern und Umsatzsteuern bei der Masseverwertung) voran.

Es gilt also erst recht, was wir bereits im Vorwort zur 2. Auflage feststellen konnten und weiterhin feststellen: Die so gerade erst geschaffenen Probleme eröffnen den Steuerberatern neben der laufenden steuerlichen Beratung des wirtschaftlich „gesunden“ Mandanten ein weiteres Geschäftsfeld: die Begleitung der Restrukturierung seines Mandanten im Insolvenzverfahren, eine vereinbarte Tätigkeit im Sinne des § 57 Abs. 3 StBerG. Gerecht werden kann er dieser Aufgabe nur, wenn er über ein profundes Wissen im Insolvenzrecht verfügt. Er gerät ansonsten gegenüber dem gerichtlich bestellten Insolvenzverwalter notwendigerweise ins Hintertreffen und unter Umständen gleichwegs in die Haftungsfalle. Der Steuerberater taucht nunmehr auch erstmalig namentlich im Gesetz auf, nämlich im Zusammenhang mit dem neu eingeführten sog. Schutzschirmverfahren, § 270b InsO.

Die Fachberaterrichtlinien des Deutschen Steuerberaterverbandes sehen für den „Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)“ besondere theoretische Kenntnisse im Bereich des materiellen Insolvenzrechts, des Insolvenzverfahrensrechts und der betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Sanierungs- und Insolvenzverwaltungstätigkeit vor.

Der Bereich des materiellen Rechts umfasst z.B. die Insolvenzgründe, die Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, Stellung und Aufgabe des (vorläufigen) Insolvenzverwalters und Fragen der Aus- und Absonderung sowie die Aufrechnung im Insolvenzverfahren.

Das Insolvenzverfahrensrecht umfasst Fragen des Insolvenzeröffnungsverfahrens, des eröffneten Insolvenzverfahrens, die Besonderheiten der Planinsolvenz und schließlich die Besonderheiten des Verbraucherinsolvenzverfahrens und der Sonderinsolvenzen, z.B. über den Nachlass.

Zu den betriebswirtschaftlichen Grundlagen gehören Voraussetzungen und Wirkungen der Unternehmenserschlagung, der übertragenden Sanierung und schließlich – als Königsdisziplin – der Unternehmensreorganisation durch Insolvenzplan.

Beherrscht der Steuerberater all dies, befähigt ihn dies darüber hinaus nicht nur zu einer qualifizierten Beratung seines Mandanten in der Unternehmenskrise mit dem Ziel der Insolvenzvermeidung. Er erfüllt damit auch die fachlichen Anforderungen, die der Gesetzgeber der Insolvenzordnung in § 56 Abs. 1 InsO an die Person des Insolvenzverwalters stellt, das dritte mögliche Betätigungsfeld des Steuerberaters in der Unternehmenskrise.

Das aus mehr als 15 Fachleuten bestehende Autorenteam, unter ihnen Insolvenzverwalter, Hochschulprofessoren, Fachanwälte für Insolvenz- und Steuerrecht, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Dipl.-Kaufleute und Dipl.-Volkswirte behandelt in diesem Werk aber nicht nur den Pflichtinhalt nach

den Richtlinien des Deutschen Steuerberaterverbandes, sondern stellt auch die Bezüge zu anderen Rechtsgebieten her, die üblicherweise in Insolvenzen eine Rolle spielen. Dies sind namentlich das Arbeits- und Sozialrecht, das Gesellschaftsrecht und das Insolvenzstrafrecht.

Die Autoren der Teilbereiche sind jeweils ausgewiesene Experten des durch sie verantworteten Bereichs. Insgesamt soll das Werk einen umfassenden Überblick über alle Teilaspekte des Insolvenzrechts bieten und die Einarbeitung in die Materie durch Beispiele und Übersichten erleichtern.

Mein Dank gilt der Dipl.-Juristin Melanie Knoch, meinen Mitarbeiterinnen Nadine Dymke, Melis Girgin sowie meinem Mitarbeiter Dipl.-Jurist Christian Meyland für die Durchsicht der Manuskripte. Besonderer Dank gebührt dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e.V., Herrn Prof. Dr. Axel Pestke, und dem Berufsrechtsreferenten des DStV, Herrn Christian Michel, die für das Kapitel über die berufs- und haftungsrechtlichen Besonderheiten verantwortlich zeichnen.

Last but not least danke ich dem Erich Schmidt Verlag und hier insbesondere der Verlagsleiterin Steuern, Frau Dr. Claudia Teuchert-Pankatz. Ohne ihren fortwährenden Einsatz, ihre Unterstützung und ihre Geduld mit dem Herausgeber und den Autoren wäre auch das Erscheinen der vorliegenden dritten Auflage unmöglich gewesen.

Berlin, im November 2016

Rolf Rattunde

Inhaltsübersicht

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Verzeichnis der Autoren	LXV
Abkürzungsverzeichnis	LXVII
Abbildungsverzeichnis	LXXXVII

Einleitung

Das Fachberaterkonzept des DStV

(Pestke/Michel)

1

Teil 1

Unternehmenskrise

und außergerichtliche Sanierung

9

Kapitel 1	Unternehmenskrise <i>(Reinhardt)</i>	11
Kapitel 2	Krisenbewältigung <i>(Lambrecht)</i>	53
Kapitel 3	Ansatzpunkte betriebswirtschaftlicher Sanierung <i>(Lambrecht)</i>	86
Kapitel 4	Das Sanierungskonzept nach IDW S 6 <i>(Reinhardt/Lambrecht)</i>	128

Teil 2

Materielles Insolvenzrecht

139

Kapitel 1	Insolvenzgründe <i>(Schmid)</i>	141
Kapitel 2	Das Amt des vorläufigen Insolvenzverwalters <i>(Suikat)</i> . . .	194
Kapitel 3	Das Amt des Insolvenzverwalters <i>(Streuber)</i>	211
Kapitel 4	Sicherung und Verwaltung der Masse <i>(Streuber)</i>	274
Kapitel 5	Aussonderung <i>(Smid/Gramsche)</i>	322
Kapitel 6	Absonderung <i>(Smid/Gramsche)</i>	338
Kapitel 7	Aufrechnung <i>(Smid/Gramsche)</i>	378
Kapitel 8	Abwicklung von Vertragsverhältnissen <i>(Smid/Gramsche)</i> .	388
Kapitel 9	Verwertung und Verteilung der Masse <i>(Smid)</i>	429
Kapitel 10	Insolvenzgläubiger <i>(Streuber)</i>	440
Kapitel 11	Insolvenzanfechtung <i>(Smid/Gramsche)</i>	492

Teil 3		
Insolvenzverfahrensrecht		617
Kapitel 1	Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Martini</i>)	619
Kapitel 2	Regelinsolvenzverfahren (<i>Martini</i>)	640
Kapitel 3	Die übertragende Sanierung (<i>Lambrecht</i>)	677
Kapitel 4	Insolvenzplanverfahren (<i>Fritze</i>)	693
Kapitel 5	Verbraucherinsolvenzverfahren (<i>Martini</i>)	733
Kapitel 6	Restschuldbefreiung der natürlichen Person (<i>Martini</i>) . . .	761
Kapitel 7	Eigenverwaltung (<i>Wehdeking</i>)	775
Kapitel 8	Sonderinsolvenzen (<i>Suikat</i>)	845
Teil 4		
Rechnungslegung in der Insolvenz		861
Kapitel 1	Interne Rechnungslegung (<i>Amberger</i>)	863
Kapitel 2	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz (<i>Schmid</i>)	873
Teil 5		
Steuern in Sanierung und Insolvenz		905
Kapitel 1	Verfahrensfragen (<i>Bschorr</i>)	907
Kapitel 2	Umsatzsteuer (<i>Bschorr</i>)	958
Kapitel 3	Ertragsteuern (<i>Schmid</i>)	994
Teil 6		
Gesetzesübergreifende Bezüge		1111
Kapitel 1	Arbeits- und Sozialrecht (<i>Witt</i>)	1113
Kapitel 2	Gesellschaftsrecht (<i>Amberger</i>)	1204
Kapitel 3	Strafrecht und Strafverfahrensrecht (<i>Martini</i>)	1301
Teil 7		
Die Rolle des Steuerberaters in der Krise des Mandanten		
	(<i>Schmid</i>)	1343
Teil 8		
Sonderaspekte		1367
Kapitel 1	Die Verwertung von Immobilien im Insolvenzverfahren (<i>Kallies</i>)	1369
Kapitel 2	Die internationale Zuständigkeit (<i>Stark</i>)	1399
Kapitel 3	Konzerninsolvenzrecht (<i>Rattunde</i>)	1433
Teil 9		
Der Fachberater für Sanierung und Insolvenz- verwaltung (DStV e.V.) – berufs-, haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte		
	(<i>Pestke/Michel</i>)	1443
Teil 10		
Bescheinigung gemäß § 270 Abs. 1 Satz 3 InsO (Schutzschirmbescheinigung)		
	(<i>Reinhardt</i>)	1479

Anhang: Fachberaterichtlinien mit Anlage 2	1503
Literaturverzeichnis	1513
Stichwortverzeichnis	1527

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	XIII
Verzeichnis der Autoren	LXV
Abkürzungsverzeichnis	LXVII
Abbildungsverzeichnis	LXXVII

Einleitung

Das Fachberaterkonzept des DStV

(Pestke/Michel)

		1
1.	<i>Motive und Hintergrund</i>	1
2.	<i>Anforderungen an die DStV-Fachberater (allgemein)</i>	3
2.1	Theoretische Kenntnisse	3
2.1.1	Lehrgang	3
2.1.2	Klausuren	3
2.2	Praktische Erfahrungen	3
2.3	Verfahren zur Verleihung von Fachberater- bezeichnungen (DStV e.V.)	4
2.3.1	Zuständigkeiten	4
2.3.2	Anträge	4
2.3.3	Durchführung von Fachgesprächen	5
2.3.4	Kontinuierliche Fortbildung und Erlöschen der Befugnis zum Führen der Bezeichnung.	5
3.	<i>Anerkennung der DStV-Fachberater durch die Rechtsprechung</i>	6
4.	<i>Zahlenmäßige Entwicklung und Ausblick</i>	8

Teil 1

Unternehmenskrise und außergerichtliche Sanierung

Kapitel 1	Unternehmenskrise (Reinhardt)	11
1.	<i>Der Steuerberater als Berater in der Unternehmenskrise</i>	11

1.1	Krisenberatung als Teil der betriebswirtschaftlichen Beratung.	11
1.2	Anforderungen an Steuerberater in der Krisenberatung	12
2.	<i>Der Krisenbegriff.</i>	13
2.1	Der Krisenbegriff aus betriebswirtschaftlicher Sicht.	13
2.2	Der Krisenbegriff aus rechtlicher Sicht	14
3.	<i>Bedeutung der Krisenberatung für die Steuerberatungspraxis</i>	15
3.1	Bedeutung vor dem Hintergrund der Insolvenzstatistik.	15
3.2	„Normalität“ krisenhafter Entwicklungen in Unternehmen.	18
3.3	Hinweis- und Aufklärungspflichten in der Unternehmenskrise	21
4.	<i>Typologie der Unternehmenskrise.</i>	26
4.1	Verlauf und Wahrnehmung einer Unternehmenskrise.	26
4.2	Ursachen einer Unternehmenskrise	34
5.	<i>Krisenfrüherkennung im Umfeld der Steuerberatung</i>	38
5.1	Generelle Bedeutung der Krisenfrüherkennung.	38
5.2	Möglichkeiten zur Krisenfrüherkennung durch Steuerberater	43
5.3	Krisenfrüherkennung durch Kredit- und Finanzierungsinstitute.	49
Kapitel 2	Krisenbewältigung (Lambrecht)	53
1.	<i>Außergerichtliche Sanierung</i>	53
1.1	Sanierungsfähigkeit	54
1.2	Vor- und Nachteile einer außergerichtlichen Sanierung	55
1.3	Ablauf der Sanierung	60
1.3.1	Lagefeststellung und Lagebeurteilung	61
1.3.1.1	Schaffung einer Datenbasis und Plausibilisierung der Zahlen	61
1.3.1.2	Finanzwirtschaftliche Analyse	62
1.3.1.3	Erfolgswirtschaftliche Analyse	65
1.3.1.4	Branchenvergleich	66
1.3.1.5	Mitarbeiterbefragungen	66
1.3.1.6	SWOT-Analyse	67
1.3.1.7	Portfolio-Analyse	68
1.3.1.8	Szenariotechnik	70
1.3.1.9	Zero-Base-Budgeting	71
1.3.1.10	Analyse des Unternehmensumfeldes	72
1.3.2	Planung und Entschluss	72
1.3.2.1	Sicherung der Liquidität	73
1.3.2.2	Stabilisierung und Verbesserung der Ergebnissituation	79
1.3.2.3	Beseitigung der Produkt- und Absatzkrise, zukünftige Wettbewerbsfähigkeit	80
1.3.3	Handlungsanweisungen	81
1.3.4	Kontrolle	81

1.4	Kommunikation in der Krise	81
2.	<i>Gerichtliche Sanierung</i>	82
Kapitel 3	Ansatzpunkte betriebswirtschaftlicher Sanierung	
	<i>(Lambrecht)</i>	86
1.	<i>Vorbemerkung</i>	86
2.	<i>Leistungswirtschaftliche Maßnahmen</i>	87
2.1	Management	88
2.1.1	Personelle Veränderungen im Management	89
2.1.2	Strukturelle und operative Veränderungen im Management	90
2.1.3	Neue Organisationsstruktur des Unternehmens	90
2.2	Kosten	91
2.2.1	Einkauf, Materialwirtschaft	91
2.2.1.1	Einkaufspreis	92
2.2.1.2	Auswahl des richtigen Lieferanten	92
2.2.1.3	Normierung der Produkte	93
2.2.1.4	Just-in-Time/Verringerung der Lagerbestände	93
2.2.2	Prozesse	94
2.2.2.1	Prozessorganisation	94
2.2.2.2	Zeitmanagement	96
2.2.2.3	„Lean Management“	96
2.2.3	Qualitätskosten	97
2.2.4	Vertrieb	97
2.2.5	Outsourcing	98
2.2.6	Ergänzende Ausführungen zum Problem der Fixkosten	100
2.3	Arbeitnehmer	101
2.3.1	Personalstruktur	102
2.3.2	Effizienzsteigerung beim Personal	102
2.3.3	Personalabbau	103
2.3.4	Kosten des Personalabbaus	105
2.4	Produkt	106
2.4.1	Image als Mehrwert	106
2.4.2	Produktstückkosten	107
2.4.3	Deckungsbeitragsrechnung	108
2.5	Kunden	110
2.6	Umsatz	111
2.6.1	Sortimentsausweitung	112
2.6.2	Preiserhöhung oder Preissenkung?	112
3.	<i>Finanzwirtschaftliche Maßnahmen</i>	112
3.1	Analyse der Finanzsituation	113
3.2	Sanierungsbeiträge einzelner Beteiligter	114
3.2.1	Anteilseigner	114
3.2.2	Banken	115
3.2.3	Lieferanten	117
3.2.4	Finanzverwaltung	118
3.2.5	Kunden	119

3.3	Finanzierung in der Krise	119
3.3.1	Eigenkapital	120
3.3.1.1	Kapitalherabsetzung	120
3.3.1.2	Kapitalerhöhung	121
3.3.1.3	Debt-Equity-Swap	121
3.3.2	Mezzanine-Kapital	122
3.3.3	Fremdkapital	123
3.3.3.1	Neufinanzierung	124
3.3.3.2	Besicherung von Krediten	124
3.3.4	Liquidation von Vermögenswerten	125
4.	<i>Strategische Maßnahmen</i>	126
5.	<i>Übertragung auf eine Auffanggesellschaft</i>	126
Kapitel 4	Das Sanierungskonzept nach IDW S 6 <i>(Reinhardt/Lambrecht)</i>	128
1.	<i>Rechtliche Anforderungen an Sanierungskonzepte</i>	128
2.	<i>Inhalt</i>	131
3.	<i>Auswirkungen auf die Praxis</i>	135
4.	<i>Kritik</i>	136
Teil 2		
	Materielles Insolvenzrecht	139
Kapitel 1	Insolvenzgründe <i>(Schmid)</i>	141
1.	<i>Einführung</i>	141
2.	<i>Zahlungsunfähigkeit</i>	142
2.1	Gesetzliche Definition	142
2.2	Zahlungseinstellung als widerlegbare Vermutung für Zahlungsunfähigkeit	143
2.3	Einzelne Merkmale der Zahlungsunfähigkeit	145
2.3.1	Dauer der Zahlungsunfähigkeit – Abgrenzung zur Zahlungsstockung	145
2.3.2	Größe der relevanten Liquiditätslücke	146
2.4	Konkrete Prüfung der Zahlungsunfähigkeit	150
2.4.1	Ermittlung durch Finanzstatus und Liquiditätsplan	151
2.4.2	Aufstellung des Finanzstatus	152
2.4.2.1	Zu berücksichtigende liquide Mittel	152
2.4.2.2	Im Finanzstatus zu berücksichtigende Zahlungs- verpflichtungen	153
2.4.2.3	Verbundene Unternehmen und Cashpooling	156
2.4.2.3.1	Beherrschte und beherrschende Unternehmen	156
2.4.2.3.2	Cashpooling	157
2.4.2.4	Ergebnis des Finanzstatus	157
2.4.2.5	Ableitung des Finanzplanes	158
2.4.3	Nachweis der Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungs- prozess	160

3.	<i>Überschuldung</i>	162
3.1	Übersicht	162
3.2	Historie	163
3.3	Von der Unterbilanz zur insolvenzrechtlichen Überschuldung	164
3.3.1	Unterbilanz	164
3.3.2	(Handels-)bilanzielle Überschuldung	166
3.3.3	Rechnerische Überschuldung	166
3.3.4	Rechtliche Überschuldung	166
3.4	Methoden zur Feststellung einer rechtlichen Überschuldung	167
3.4.1	Rechtslage ab dem 18.10.2008	167
3.4.2	Funktionsweise der modifizierten oder „neuen zwei- stufigen“ Methode	167
3.4.3	„Alternativer“ zweistufiger Überschuldungsbegriff	169
3.4.4	Erstellung der Fortbestehensprognose	170
3.4.5	Geschäftsleiterpflichten im Rahmen der Über- schuldungsprüfung	172
3.4.6	Ansatz und Bewertung in der Überschuldungsbilanz ...	174
3.4.6.1	Allgemeine Bewertungsgrundsätze	174
3.4.6.2	Ansatz und Bewertung von Aktivposten im Über- schuldungsstatus	176
3.4.6.3	Ansatz und Bewertung von Passivposten in der Über- schuldungsbilanz	182
3.4.7	Stichtag und Gliederung	189
4.	<i>Drohende Zahlungsunfähigkeit</i>	189
4.1	Übersicht	189
4.2	Zielsetzung	190
4.3	Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	191
4.3.1	Prognosezeitraum	191
4.3.2	Wahrscheinlichkeitsmaßstab	191
4.3.3	Einzubeziehende Zahlungsverpflichtungen	192
4.4	Abgrenzung zur Überschuldung	193
Kapitel 2	Das Amt des vorläufigen Insolvenzverwalters (<i>Suikat</i>) ..	194
1.	<i>Allgemeines</i>	194
1.1	Normzweck	195
1.2	Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	195
1.3	Bestellung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	197
1.4	Aufsicht durch das Insolvenzgericht	199
1.5	Zwangsbefugnisse	199
1.6	Beendigung der vorläufigen Verwaltung	201
1.7	Haftung	202
1.8	Vergütung	203
1.9	Rechnungslegung	203
1.10	Steuerrechtliche Pflichten	204
2.	<i>Der vorläufige Verwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis</i>	204

2.1	Allgemeines	204
2.2	Zustimmungsvorbehalt	205
2.3	Begründung von Masseverbindlichkeiten	206
2.4	Bestimmung der Rechte und Pflichten im Einzelfall	206
3.	<i>Der vorläufige Verwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis</i>	207
3.1	Allgemeines	207
3.2	Betriebsfortführung	209
Kapitel 3	Das Amt des Insolvenzverwalters (<i>Streuber</i>)	211
1.	<i>Amt und Beruf.</i>	211
1.1	Amt	212
1.1.1	Bestellungsakt, Verlautbarung und Geltungsanspruch	212
1.1.2	Nominierung, Amtsstellung und Theoriendiskurs	214
1.1.3	Ein-Personen-Prinzip und Konzerninsolvenz	216
1.2	Beruf	217
1.2.1	Berufsbild unter Grundrechtsschutz	218
1.2.2	Treuhandtätigkeit und Recht der freien Berufe	218
1.2.3	Vermögensverwaltung im Lichte der Einkünftequalifikation	219
1.2.4	Leitbild der Insolvenzverwaltung nach jüngerer Auffassung des BFH	222
1.2.5	Ausbildung eines Anforderungsprofils	224
2.	<i>Voraussetzungen des Amtes</i>	225
2.1	Natürliche Person	225
2.2	Eignung zum Insolvenzverwalter	226
2.2.1	Persönliche Voraussetzungen	226
2.2.2	Geschäftskundigkeit und persönliche Erreichbarkeit	227
2.2.3	Unabhängigkeit	228
2.3	Integrität und Sachlichkeit in der Amtsführung	230
3.	<i>Auswahlentscheidung des Insolvenzgerichts.</i>	231
3.1	Kreis geeigneter und bereiter Kandidaten	232
3.2	Offenheit von Vorauswahllisten	233
3.3	Rechtsschutz wegen Nichtberücksichtigung	234
3.4	Einfluss der Gläubiger auf die Verwalterbestellung	237
4.	<i>Wahl eines anderen Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung.</i>	240
4.1	Ab- und Neuwahl, Abberufung sowie Neubestellung	240
4.2	Rechtsbehelfe	241
5.	<i>Aufgaben und Pflichten</i>	243
5.1	Katalog typischer Aufgaben	243
5.2	Massesicherung und Vertragsmanagement	245
5.3	Bankkontenmanagement und Widerruf von Lastschriften	246
5.4	Erfüllung der Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten	247
5.5	Beobachtung weiterer öffentlich-rechtlicher Pflichten	247
6.	<i>Sonderinsolvenzverwalter</i>	249
6.1	Berufungsgründe	249

6.2	Antrags- und Beschwerderecht	250
7.	<i>Aufsicht über den Insolvenzverwalter</i>	252
7.1	Aufsichtskompetenzen	252
7.2	Aufsichtsmaßnahmen des Insolvenzgerichts	253
8.	<i>Entlassung des Insolvenzverwalters und Beendigung des Amtes.</i>	255
8.1	Initiierung der Entlassungsentscheidung	255
8.2	Wichtiger Grund	255
8.3	Anhörung, Entscheidung und Rechtsfolgen.	257
9.	<i>Haftung des Insolvenzverwalters</i>	258.
9.1	Haftung gegenüber den Verfahrensbeteiligten.	259
9.2	Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten.	259
9.2.1	Sorgfaltsmaßstab in der Amtsführung	260
9.2.2	Pflichtenkreise	261
9.3	Haftung wegen Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten nach § 61 InsO.	264
9.4	Kausalität, Verschulden und Schaden	268
9.5	Verjährung und Prozessuales.	269
10.	<i>Vergütung des Insolvenzverwalters</i>	270
Kapitel 4	Sicherung und Verwaltung der Masse (<i>Streuber</i>)	274
1.	<i>Insolvenzmasse</i>	274
1.1	Ist-Masse	274
1.1.1	Beschlagnahmefähige Vermögenspositionen.	275
1.1.2	Gerichtszuständigkeit	279
1.2	Soll-Masse	280
1.3	Neuerwerb.	282
2.	<i>Sicherung der Insolvenzmasse</i>	285
2.1	Inbesitznahme	285
2.2	Schutz vor Fremdzugriff und Siegelung.	286
2.3	Eintragung von Insolvenzvermerken und Abgabe von Erklärungen	287
2.4	Forderungseinzug und Lastschriften.	287
2.5	Auskünfte, Postsperrre und Mitwirkungshandlungen	291
2.6	Grenzüberschreitende Befugnisse.	293
2.7	Zwangmaßnahmen und Rechtsbehelfe.	293
2.8	Herausgabeverlangen gegenüber Dritten	295
3.	<i>Verwaltung der Insolvenzmasse</i>	297
3.1	Verwahrung	297
3.2	Verzeichnis der Massegegenstände	298
3.3	Bewertung der Massegegenstände	300
3.4	Gläubigerverzeichnis	301
3.5	Vermögenverzeichnis	302
4.	<i>Freigabe</i>	304
4.1	Legitimation und Gegenstand der Freigabe	304
4.2	Freigabe zur Vermeidung von Masseverbindlichkeiten.	306

4.3	Rechtsfolgen der Freigabe	307
4.4	Modifikation der Freigabe	309
4.5	Korrekturbefugnis der Gläubigergemeinschaft und Veröffentlichung	310
4.6	Freigabeerklärung.	311
5.	<i>Aufnahme von Aktiv- und Passivprozessen.</i>	312
5.1	Aufnahme von Aktivprozessen durch den Insolvenzverwalter	313
5.2	Aktivprozessaufnahme durch Schuldner oder Gegner.	314
5.3	Passivprozesse	315
6.	<i>Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung.</i>	316
7.	<i>Zwischen- und Schlussrechnung.</i>	319
Kapitel 5	Aussonderung (Smid/Gramsches)	322
1.	<i>Geltendmachung massenfremder Rechte: Die Aussonderung</i>	322
1.1	Funktion des Aussonderungsrechts	322
1.2	Übersicht über die einzelnen Aussonderungsrechte	323
1.2.1	Allgemeines	323
1.2.2	Beispiele.	324
2.	<i>Schuldrechtliche Aussonderungsansprüche.</i>	325
3.	<i>Kommissionsgeschäfte</i>	326
4.	<i>Treuhandverhältnisse</i>	327
4.1	Übersicht	327
4.2	Aussonderungsanspruch des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers.	331
5.	<i>Dingliche Aussonderungsansprüche.</i>	331
5.1	Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen	331
5.2	Einfacher Eigentumsvorbehalt.	332
5.2.1	Dogmatische Begründung	332
5.3	Ansatz des BGH	333
5.3.1	Bindungswirkung des § 107 Abs. 2 InsO	335
5.4	Erweiterter und verlängerter Eigentumsvorbehalt	336
Kapitel 6	Absonderung (Smid/Gramsches)	338
1.	<i>Abgesonderte Befriedigung gesicherter Gläubiger</i>	338
1.1	Funktion der Absonderung	338
1.2	Die einzelnen Absonderungsrechte	338
1.2.1	Pfandrechte	339
1.2.1.1	Grundpfandgläubiger (§ 49 InsO)	339
1.2.1.2	Rechtsgeschäftliches, Pfändungspfandrecht und gesetzliches Pfandrecht (§ 50 InsO)	339
1.2.1.3	Exkurs – Pfändung des Anspruchs des Schuldners auf Aufhebung der Gemeinschaft	340
1.2.1.4	Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO)	341
1.2.2	Sicherungseigentum	342
1.2.2.1	Allgemeines	342

1.2.2.2	Sicherungseigentum als besitzloses Pfandrecht	342
1.2.2.3	Bestimmtheitsgrundsatz	343
1.2.2.4	Sicherungseigentum – BGB vs. InsO	345
1.2.2.5	Die Sicherungsabrede	347
1.2.2.6	Erwerb des Sicherungseigentums	347
1.2.2.7	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren und in der Einzelzwangsvollstreckung	348
1.2.2.7.1	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren	348
1.2.2.7.2	Sicherungseigentum in der Zwangsvollstreckung.	349
1.2.2.7.2.1	Die herrschende Meinung	349
1.2.2.7.2.2	Andere Ansicht in der Literatur	350
1.2.2.7.2.3	Fazit	350
2.	<i>Verwertung des Absonderungsgutes.</i>	351
2.1	Allgemeines	351
2.2	Verwertung (grundpfandrechtsbelasteter) unbeweg- licher Sachen	352
2.2.1	Allgemeines	352
2.2.2	Vorrecht der WEG-Gemeinschaft nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG.	354
2.2.3	Zubehörhaftung.	355
2.3	Nutzung und Verwertung beweglichen Sicherungsgutes.	357
2.3.1	Verwertungsbefugnis	358
2.3.1.1	Verwertungsbefugnis	359
2.3.1.2	Veräußerung durch Insolvenzverwalter	361
2.3.1.3	Einziehung durch Dritte	362
2.3.1.4	Verwertungserlös bei Freigabe	363
2.3.1.5	Ersatzabsonderung	363
2.3.1.6	Verwertung durch Gebrauch des Nutzungspotentials.	364
2.3.1.7	Schutz vor Verwertungsverzögerungen	365
3.	<i>Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlösauskehr.</i>	366
3.1	Verfahrenskostenbeiträge der gesicherten Mobiliar- pfandgläubiger	367
3.2	Kompensation entstandener Kosten	370
4.	<i>Die Massezugehörigkeit sicherungszedierter Forderungen.</i>	370
4.1	Sicherungspool	370
4.2	Reichweite zulässiger Verfügungen über das publizitätslose Pfandrecht.	372
4.2.1	§ 166 Abs. 2 InsO als Schutzgesetz.	374
4.2.2	Befreiende Wirkung einer Leistung des Drittschuldners an den Sicherungszessionar?	375
4.3	Abkehr von der „Sicherheitenpoolentscheidung“?	376
Kapitel 7	Aufrechnung (Smid/Gramsche)	378
1.	<i>Die Grundnorm des § 94 InsO.</i>	378

2.	<i>Reichweite und Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Insolvenzverfahren</i>	380
2.1	Eintritt der Aufrechnungslage im Insolvenzverfahren (§ 95 InsO)	380
2.1.1	Gegenforderung noch nicht fällig	380
2.1.2	Aufschiebend bedingte Forderungen	381
2.1.3	Fehlende Gleichartigkeit	382
2.2	Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Verfahren	382
2.2.1	Allgemeine Aufrechnungsverbote.	382
2.2.2	Insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote aus § 96 InsO. .	382
2.2.2.1	Gegenseitigkeit entsteht nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	383
2.2.2.2	Erwerb der Gegenforderung nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	383
2.2.2.3	Erwerb der Gegenforderung durch anfechtbare Rechtshandlung (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO)	384
2.2.2.4	Gegenforderung gegen das freie Vermögen des Schuldners (§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO)	386
2.2.2.5	Privilegierung der Inter-Bankenverrechnung (§ 96 Abs. 2 InsO)	387
2.3	Unwirksamkeit von Konzernverrechnungsklauseln	387
Kapitel 8	Abwicklung von Vertragsverhältnissen (Smid/Gramsch) . .	388
1.	<i>Grundlagen des Insolvenzvertragsrechts der §§ 103 ff. InsO</i>	388
1.1	Allgemeines	388
1.2	Dogmatische Grundlagen	389
1.3	Kein „alles oder nichts“ bei teilbaren Leistungen (§ 105 InsO)	391
1.3.1	Normzweck des § 105 InsO	391
1.3.2	Anwendungsbereich von § 105 Satz 1 InsO	392
1.3.3	Anwendungsbereich von § 105 Satz 2 InsO	394
1.4	Unabdingbarkeit der §§ 103–118 InsO	395
2.	<i>Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 InsO.</i> .	395
2.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 103 InsO	396
2.1.1	Gegenseitiger Vertrag	396
2.1.1.1	Verträge im Synallagma	396
2.1.1.2	Verträge ohne Synallagma	397
2.1.2	Nicht vollständig erfüllt	397
2.2	Ausübung des Wahlrechts durch den Insolvenzverwalter	398
2.2.1	Entstehung und Grenzen des Wahlrechts	398
2.2.2	Erfüllungswahl als Willenserklärung	399
2.2.3	Befugnis des anderen Teils	403
2.2.3.1	Aufforderung zur Erklärung	403
2.2.3.2	Folgen des Schweigens des Verwalters: Kein Wieder- aufleben von Erfüllungsansprüchen	404
2.3	Rechtsfolgen der Wahlrechtsausübung	405

2.3.1	Erfüllungswahl	405
2.3.1.1	Aufrechnung	405
2.3.1.2	Pfändung, Abtretung	406
2.3.1.3	Teilleistungen	407
2.3.1.3.1	Teilweise Vorleistung des Schuldners	407
2.3.1.3.2	Teilweise Vorleistung des Gläubigers	407
2.3.1.3.3	Umfang	408
2.3.2	Nichterfüllungswahl	408
2.3.2.1	Schadensersatzanspruch des anderen Teils (§ 103 Abs. 2 Satz 1 InsO)	408
2.3.2.2	Anmeldung zur Tabelle	409
2.3.2.3	Umfang des Schadensersatzanspruchs	409
2.3.3	Erfüllungsanspruch gegen den Schuldner nach Abschluss des Verfahrens	410
3.	<i>Sonderregelungen für Fixgeschäfte und Finanz-</i> <i>leistungen (§ 104 InsO)</i>	410
3.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 1 InsO – Fixgeschäfte	411
3.2	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 2 InsO – Finanzleistungen	411
3.3	Rechtsfolgen	411
4.	<i>Sonderregelungen bei vorgemerkten Ansprüchen</i> <i>(§ 106 InsO)</i>	412
4.1	Tatbestandliche Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 InsO .	412
4.1.1	Gesicherter Anspruch	412
4.1.2	Eintragung der Vormerkung	413
4.1.3	Vormerkungsgleiche Sicherungen	414
4.1.3.1	Vorkaufsrechte	414
4.1.3.2	Hypothekengläubiger	415
4.2	Regelung des § 106 Abs. 1 Satz 2 InsO	416
5.	<i>Sonderregelungen bei unter Eigentumsvorbehalt</i> <i>abgeschlossenen Verträgen (§ 107 InsO)</i>	417
5.1	Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers (§ 107 Abs. 1 InsO) .	417
5.2	Insolvenz des Vorbehaltskäufers (§ 107 Abs. 2 InsO) . . .	417
6.	<i>Sonderregelungen bei Dauerschuldverhältnissen, Miete,</i> <i>Pacht, Darlehen, Dienstverhältnis (§§ 108–112 InsO)</i>	418
6.1	Tatbestandliche Voraussetzungen	418
6.1.1	Allgemeines	418
6.1.2	Einzelne Schuldverhältnisse	420
6.1.2.1	Miet- und Pachtverträge über unbewegliche Gegen- stände und Räume	420
6.1.2.2	Dienstverhältnisse (§ 108 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO)	420
6.1.2.3	Finanzierte Verträge über sonstige Gegenstände (§ 108 Abs. 1 Satz 2 InsO)	421
6.1.2.4	Darlehensverträge (§ 108 Abs. 2 InsO)	422
6.2	Rechtsfolgen der §§ 108–112 InsO	422
6.2.1	Fortbestand nach § 108 Abs. 1 InsO	422

6.2.1.1	Miet-, Pacht- und Leasingverträge	423
6.2.1.1.1	Insolvenz des Vermieters bzw. Verpächters.	423
6.2.1.1.2	Insolvenz des Leasinggebers	423
6.2.1.1.3	Insolvenz des Mieters bzw. Pächters	424
6.2.1.2	Dienstverträge	425
6.2.2	Ansprüche für die Zeit vor Verfahrenseröffnung (§ 108 Abs. 3 InsO)	425
6.3	Unabdingbarkeit	426
7.	<i>Sonstige Verträge</i>	426
Kapitel 9	Verwertung und Verteilung der Masse (<i>Smid</i>)	429
1.	<i>Verwertung der Insolvenzmasse</i>	429
1.1	Pflicht des Verwalters zur Verwertung der Masse	429
1.2	Ermessen des Verwalters bei der Wahl der Verwertungsform.	429
1.3	Verwertungsentscheidung der Gläubigerversammlung und insolvenzgerichtliche Kontrolle	430
1.4	Formen der Masseverwertung.	431
1.5	Gewährleistung	431
1.6	Verbot spekulativer Maßnahmen	432
2.	<i>Verteilung der Teilungsmasse an die Gläubiger</i>	432
2.1	Schlussverteilung	433
2.1.1	Teilungsmasse	433
2.1.2	Allgemeine Regelungen.	433
2.1.3	Zustimmung zur Schlussverteilung	434
2.2	Zuständigkeit.	435
2.3	Abschlagsverteilungen	436
2.4	Verteilungsverzeichnis	436
2.5	Berücksichtigung bestrittener Forderungen	437
2.6	Berücksichtigung der Ausfallforderung abson- derungsberechtigter Gläubiger	438
2.6.1	Besitzpfandgläubiger	438
2.6.2	Absonderungsberechtigte Gläubiger in Fällen des § 166 InsO.	439
2.7	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen . .	439
2.8	Berücksichtigung solcher Gläubiger, die nachträglich die Voraussetzungen ihrer Berücksichtigungsfähigkeit nachweisen	439
Kapitel 10	Insolvenzgläubiger (<i>Streuber</i>)	440
1.	<i>Gläubigergruppen</i>	440
1.1	Einfache nicht nachrangige Insolvenzgläubiger	440
1.1.1	Persönlicher Anspruch	441
1.1.2	Vermögensbezogener Anspruch	441
1.1.3	Begründetheit des Anspruchs	442
1.1.4	Mithaftungs- und Rückgriffsansprüche	443
1.1.5	Gesellschaftergesicherte Ansprüche.	443
1.1.6	Öffentlich-rechtliche Ansprüche	444

1.1.7	Rechtsgrund und Gläubigergleichbehandlung	445
1.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger	446
1.3	Absonderungsberechtigte Gläubiger	448
1.4	Aussonderungsberechtigte Gläubiger	450
1.5	Massegläubiger	451
2.	<i>Anspruchsverfolgung im Insolvenzverfahren.</i>	453
2.1	Forderungsanmeldung	453
2.1.1	Aufforderung zur Forderungsanmeldung	454
2.1.2	Form und Inhalt der Forderungsanmeldung	454
2.1.3	Wirkungen der Forderungsanmeldung	456
2.1.4	Anmeldefrist und Insolvenztabelle	458
2.2	Prüfungstermin	459
2.2.1	Prüfungsumfang	459
2.2.2	Prüfungsergebnis	460
2.2.3	Rechtsfolgen des Tabelleneintrags	461
2.3	Widerspruch gegen angemeldete Ansprüche	461
2.3.1	„Vorläufiges“ Bestreiten	462
2.3.2	Bestreiten als Masseverwaltung	462
2.3.3	Rechtsfolgen des Widerspruchs	463
2.4	Forderungsfeststellungsprozess	464
2.5	Widerspruch des Insolvenzschuldners	466
2.6	Verfolgung des Rechts auf abgesonderte Befriedigung	469
3.	<i>Gläubigerversammlung und (vorläufiger) Gläubigerausschuss</i>	471
3.1	Gläubigerversammlung	472
3.1.1	Aufgaben	472
3.1.2	Teilnahmerecht und Einberufung	473
3.1.3	Versammlungsleitung	475
3.1.4	Abstimmung	475
3.1.5	Aufhebung eines Beschlusses	477
3.2	Gläubigerausschuss	481
3.2.1	Aufgaben	482
3.2.2	Einsetzung, Mitgliedschaft und Anforderungsprofil	483
3.2.3	Beschlussfassung	485
3.2.4	Entlassung	487
3.2.5	Haftung	488
3.3	Vorläufiger Gläubigerausschuss im Insolvenzeröffnungsverfahren	489
Kapitel 11	Insolvenzanfechtung (Smid/Gramsch)	492
1.	<i>Grundlagen der insolvenzrechtlichen Anfechtung der §§ 129ff. InsO</i>	492
1.1	Allgemeines	492
1.2	Ausübung des Anfechtungsrechts	495
1.2.1	Anfechtungsberechtigter	495
1.2.2	Anfechtungsgegner und mittelbare Zuwendungen	496
1.3	Gemeinsame Tatbestandsmerkmale der Anfechtungstatbestände	497

1.3.1	Rechtshandlung	497
1.3.2	Gläubigerbenachteiligung	498
1.3.3	Maßgeblicher Zeitpunkt der Vornahme der Rechts- handlung	506
1.3.3.1	Mehraktige Rechtshandlungen	506
1.3.3.2	Unterlassen	507
1.3.3.3	Bedingte und befristete Rechtshandlungen	507
1.3.3.4	Relevanter Zeitpunkt bei der Schenkungsanfechtung bei unwiderruflichem Bezugsrecht aus Lebens- versicherung	508
1.3.4	Kausalität zwischen Rechtshandlung und Gläubiger- benachteiligung	509
1.3.5	Darlegungs- und Beweislast	509
1.4	„Anfechtungsfreies“ Bargeschäft nach § 142 InsO	510
1.4.1	Wertäquivalenz zwischen Leistung und Gegenleistung	510
1.4.1.1	Allgemeines	510
1.4.1.2	Bewertung von Dienstleistungen	511
1.4.1.3	Bargeschäft und Vorleistungspflicht des Arbeitnehmers	511
1.4.1.4	Verlängerter Eigentumsvorbehalt	512
1.4.2	Maßgeblichkeit der Parteivereinbarung	512
1.4.3	Zeitliche Verknüpfung	512
2.	<i>Anfechtung wegen kongruenter Deckung (§ 130 InsO)</i>	513
2.1	Normzweck und Normstruktur	513
2.1.1	Normzweck	513
2.1.2	Normstruktur	513
2.2	Normvoraussetzungen	515
2.2.1	Kongruente Deckung	516
2.2.1.1	Allgemeines	516
2.2.1.2	Beispiele	516
2.2.1.3	Insolvenzanfechtung von Kreditkartenzahlungen	518
2.2.1.4	Werthaltigmachen von Werklohnansprüchen	519
2.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	520
2.2.2.1	Zeitraum	520
2.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	520
2.2.3	Kenntnis des Gläubigers	521
2.2.3.1	Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder des Eröffnungs- antrages	521
2.2.3.2	Kenntnis entsprechender Umstände (§ 130 Abs. 2 InsO)	521
2.2.3.3	Zurechnung fremden Wissens	522
2.3	Beweislast	523
2.3.1	Regelfall	523
2.3.2	Ausnahme	524
3.	<i>Anfechtung wegen inkongruenter Deckung (§ 131 InsO)</i>	524
3.1	Normzweck und Normstruktur	524
3.1.1	Normzweck	524
3.1.2	Normstruktur	524
3.2	Normvoraussetzungen	525

3.2.1	Inkongruente Deckung	525
3.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	534
3.2.2.1	Zeitraum	534
3.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	535
3.2.3	Kenntnis beim Gläubiger	535
3.3	Beweislast.	537
4.	<i>Anfechtung wegen unmittelbar gläubigerbenachteiligender Rechtshandlungen (§ 132 InsO)</i>	537
4.1	Normzweck und Normstruktur	537
4.2	Normvoraussetzungen	538
4.2.1	Rechtsgeschäfte und gleichgestellte Rechtshandlungen	538
4.2.2	Unmittelbare Gläubigerbenachteiligung	539
4.2.3	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	539
5.	<i>Anfechtung wegen vorsätzlicher Gläubigerbenachteiligung (§ 133 InsO)</i>	540
5.1	Normzweck und Normstruktur	540
5.1.1	Normzweck	540
5.1.2	Normstruktur	540
5.2	Normvoraussetzungen	541
5.2.1	Rechtshandlung/entgeltlicher Vertrag	541
5.2.1.1	Rechtshandlung (§ 133 Abs. 1 InsO)	541
5.2.1.2	Entgeltlicher Vertrag (§ 133 Abs. 2 InsO)	543
5.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	544
5.2.2.1	Zeitraum	544
5.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	544
5.2.3	Kenntnis des Gläubigers	545
5.2.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners	545
5.2.3.2	Kenntnis beim Anfechtungsgegner	546
5.3	Beweislast.	548
5.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz – Inkongruenz als Indiz	548
5.3.2	Kenntnis des Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes – Inkongruenz als Indiz	549
5.3.3	Exkurs: Referentenentwurf und die Rechtsprechung des IX. Zivilsenats	550
5.3.4	Erhöhte Anforderungen an den Beweis bei Kongruenz.	553
5.3.5	Vermutung der Kenntnis (§ 133 Abs. 1 Satz 2 InsO)	553
5.3.6	Beweislastumkehr (§ 133 Abs. 2 Satz 2 InsO)	558
6.	<i>Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistung (§ 134 InsO)</i>	558
6.1	Normzweck und Normstruktur	558
6.2	Normvoraussetzungen	559
6.2.1	Leistung des Schuldners	560
6.2.2	Unentgeltlichkeit	562
6.2.2.1	Gemischte Schenkung	564
6.2.2.2	Erfüllung eigener (nicht bestehender) Schuld	565
6.2.2.3	Erfüllung betagter bzw. aufschiebend bedingter Schuld.	566
6.2.2.4	Tilgung fremder Schuld	566

6.2.2.5	Sicherung fremder und eigener Schuld	567
6.2.2.6	Nachträgliche Vergütung	568
6.2.2.7	Schenkungsanfechtung der Ausschüttung bei Schneeballsystemen	571
6.2.3	Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 134 Abs. 2 InsO . .	572
6.2.4	Zeitraum	573
6.3	Beweislast	574
7.	<i>Anfechtung im Zusammenhang mit Gesellschafter- darlehen (§ 135 InsO)</i>	574
7.1	Die Kapitalerhaltungsregeln nach altem Recht	574
7.1.1	Allgemeines zur Kapitalerhaltungssystematik	574
7.1.2	Die Anfechtungstatbestände des § 135 InsO a.F.	576
7.1.2.1	Allgemeines	576
7.1.2.2	Das kapitaleretzende Darlehen und ihm gleichgestellte Forderungen	577
7.1.2.2.1	Darlehen eines Gesellschafters	577
7.1.2.2.2	Gewährung oder Stehenlassen eines Gesellschafter- darlehens	578
7.1.2.2.3	Gleichgestellte Forderung	580
7.1.2.3	Eigenkapitaleretzende Gesellschafterleistung – die Krise	581
7.1.2.4	Sanierungsprivileg	583
7.1.2.5	Kleinbeteiligungsprivileg	585
7.1.2.6	Erfasste Gesellschaftsformen	585
7.2	Rechtsprechungsregeln	586
7.3	Beweislast	587
7.4	Die Anfechtung nach § 135 InsO	588
7.4.1	Anfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 1 und 2 InsO	588
7.4.2	Anfechtung nach § 135 Abs. 2 InsO	590
7.4.3	Eigenkapitaleretzende Gebrauchsüberlassung (§ 135 Abs. 3 InsO)	592
7.4.3.1	Gegenstand, der für die Fortführung von erheblicher Bedeutung ist.	592
7.4.3.2	Ausgleichszahlung	593
7.4.4	Sanierungs- und Kleinbeteiligungsprivileg (§ 135 Abs. 4 InsO)	594
8.	<i>Anfechtung von Rechtshandlungen des eigenverwal- tenden Schuldners</i>	595
9.	<i>Vorbereitung der Insolvenzanfechtung durch retrograde Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit</i>	597
9.1	Allgemeines	597
9.2	Zur Stundung	598
9.3	Der Ratenzahlungsplan	599
10.	<i>Zur Reform des Anfechtungsrechts</i>	600
10.1	Stand der Diskussion über die Reform des Insolvenz- anfechtungsrechts	600
10.2	Vorlage eines Referentenentwurf durch das Bundes- justizministerium	606

10.2.1	Ansatzpunkt der Reformbemühungen	607
10.2.1.1	Allgemeine Ansätze	607
10.2.1.2	Kodifikation der Judikatur des BAG.	607
10.2.1.3	„Unangemessenheit“ der Gläubigerbenachteiligung	607
10.2.1.4	Keine Indizwirkung bei Zahlungserleichterungen zugunsten des Schuldners	608
10.2.2	Bargeschäft.	608
10.3	Vorgeschlagene Änderungen im Einzelnen	609
10.3.1	Einschränkung der Inkongruenzanfechtung	609
10.3.1.1	Wortlaut der vorgesehenen Neuregelung	609
10.3.1.2	Auswirkung auf die Rechtsstellung von Lieferanten des Schuldners.	609
10.3.2	Vorsatzanfechtung: § 133 Abs. 1 i. d. F. Referenten- entwurf	610
10.3.2.1	Wortlaut der vorgesehenen Neuregelung	610
10.3.2.2	Funktion der vorgesehenen Neuregelung	610
10.3.2.2.1	Normzweckorientierung der Rechtsprechung	610
10.3.2.2.2	Begriff der „Unangemessenheit“ der Gläubiger- benachteiligung.	610
10.3.2.3	Anfechtungsrechtliches Sanierungsprivileg	611
10.3.2.4	Belieferung zur Fortführung des Schuldnerbetriebes.	611
10.3.2.5	Jüngste Judikatur des BGH zur Belieferung zur Fortführung des Schuldnerbetriebes.	612
10.3.3	Vorsatzanfechtung: § 133 Abs. 2 n. F. i. d. F. Referenten- entwurf	614
10.4	Fazit	615
10.4.1	Verzicht auf Grundsatzentscheidungen im Referenten- entwurf	615
10.4.2	Aussichten für eine substantiell legitime Interessen der Lieferanten berücksichtigende Ausgestaltung des Rechts der Insolvenzanfechtung in der InsO	615
10.4.2.1	Stellung des vorliegenden Referentenentwurfs in der insolvenzrechtlichen Gesetzgebung	615
10.4.2.2	Zu erwartende Folgen einer dem vorliegenden Referentenentwurf folgenden Gesetzgebung	615

Teil 3

Insolvenzverfahrensrecht 617

Kapitel 1	Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Martini</i>)	619
1.	<i>Zweck</i>	619
2.	<i>Insolvenzantrag</i>	620
2.1	Allgemeines	620
2.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen	621
2.2.1	Gerichtliche Zuständigkeit.	621
2.2.2	Glaubhaftmachung und rechtliches Interesse im Falle des Gläubigerantrages	624
2.2.3	Voraussetzung des Schuldnerantrages	625

2.2.4	Insolvenzfähigkeit	626
2.2.4.1	Natürliche Person	626
2.2.4.2	Juristische Personen (§ 11 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO)	626
2.2.4.3	§ 11 Abs. 2 InsO.	627
3.	<i>Bestellung eines Sachverständigen.</i>	627
4.	<i>Anordnung vorläufiger Maßnahmen</i>	629
4.1	Voraussetzungen	629
4.2	Rechtsfolgen	629
5.	<i>Arten von Sicherungsmaßnahmen</i>	630
5.1	Allgemeines	630
5.2	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters.	631
5.2.1	Bestellung eines sog. „starken“ vorläufigen Insolvenzverwalters.	632
5.2.1.1	Allgemeines	632
5.2.1.2	Masseverbindlichkeiten	633
5.2.1.3	Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen (§ 25 InsO)	633
5.2.2	Bestellung eines sog. „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalters.	635
5.3	Untersagung und Einstellung der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	637
5.4	Vorläufige Postsperre	637
5.5	Zwangmaßnahmen	638
6.	<i>Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses</i>	638
7.	<i>Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens.</i>	639
Kapitel 2	Regelinsolvenzverfahren (Martini)	640
1.	<i>Vorbemerkung.</i>	640
2.	<i>Verfahrensbeteiligte</i>	642
2.1	Schuldner.	642
2.1.1	Natürliche und juristische Personen	642
2.1.2	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	643
2.1.3	Erben und Gütergemeinschaft	643
2.2	Insolvenzgericht – Zuständigkeit	643
2.3	Insolvenzverwalter	645
2.3.1	Person und Aufsicht	645
2.3.2	Haftung	648
2.4	Insolvenzgläubiger	649
2.4.1	Allgemeines	649
2.4.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger.	650
2.4.3	Organisation	651
2.5	Massegläubiger.	652
2.5.1	Massekosten	652
2.5.2	Masseschulden	652
3.	<i>Eröffnung des Insolvenzverfahrens.</i>	654
3.1	Insolvenzgrund	654
3.2	Massekostendeckung	654

3.3	Formalien der Verfahrenseröffnung	655
3.3.1	Inhalt und Form des Eröffnungsbeschlusses	655
3.3.2	Bestellung des Insolvenzverwalters	656
3.3.3	Terminsbestimmungen	658
4.	<i>Wirkungen der Verfahrenseröffnung.</i>	658
4.1	Schuldnerbezogene Wirkungen.	658
4.1.1	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	658
4.1.2	Berufsrechtliche Beschränkungen	659
4.1.3	Auflösung insolventer Gesellschaften.	660
4.2	Massebezogene Auswirkungen.	660
4.2.1	Beschlagnahme des Schuldnervermögens	660
4.2.2	Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis.	660
4.2.3	Vollstreckungsverbot und Rückschlagsperre	661
4.2.3.1	Umfang und Folgen des Vollstreckungsverbotes	661
4.2.3.2	Rückschlagsperre	663
4.2.4	Freigabe von Gegenständen aus der Insolvenzmasse	664
4.2.5	Rechtserwerb nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	665
5.	<i>Aufgaben und Pflichten des Insolvenzverwalters</i>	666
6.	<i>Gegenseitige Verträge in der Insolvenz.</i>	666
7.	<i>Bereinigung der Masse.</i>	668
7.1	Aussonderung	669
7.2	Absonderung	669
7.3	Aufrechnung	669
8.	<i>Feststellung der Insolvenzforderungen.</i>	670
9.	<i>Verwertung und Verteilung der Masse.</i>	671
9.1	Masseverwertung	671
9.1.1	Grundlagen	671
9.1.1.1	Besitzergreifung und Inventarisierung	672
9.1.2	Verwertung vor dem Berichtstermin	672
9.1.3	Betriebsfortführung oder Stilllegung.	672
9.2	Verteilung an die Gläubiger	673
10.	<i>Beendigung des Insolvenzverfahrens.</i>	673
10.1	Aufhebung nach Schlussverteilung.	673
10.2	Einstellung	673
10.2.1	Einstellung mangels Masse	673
10.2.1.1	Regelungsziel.	673
10.2.1.2	Regelungsgegenstand.	674
10.2.1.3	Folgen.	674
10.2.2	Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrundes	675
10.2.3	Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit.	675
10.2.4	Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger.	676
Kapitel 3	Die übertragende Sanierung (<i>Lambrecht</i>)	677
1.	<i>Einleitung.</i>	677
2.	<i>Gegenstand der übertragenden Sanierung</i>	678
3.	<i>Rechtswirkungen.</i>	681

4.	<i>Kaufpreisgestaltung</i>	682
5.	<i>Ablauf Verkaufsprozess</i>	683
6.	<i>Steuerliche Erwägungen</i>	685
7.	<i>Arbeitnehmer in der übertragenden Sanierung</i>	685
8.	<i>Gläubigermitbestimmung.</i>	685
9.	<i>Erwerb vom Insolvenzverwalter</i>	686
10.	<i>Kaufvertrag</i>	687
10.1	<i>Inhalte</i>	687
10.2	<i>Formvorschriften</i>	687
10.3	<i>Kaufvertragsmuster einer übertragenden Sanierung (ohne Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft)</i> .	688
11.	<i>Weitere Transaktionsstrukturen</i>	691
11.1	<i>Share Deal nach Gründung einer Auffanggesellschaft durch den Insolvenzverwalter</i>	691
11.2	<i>Share Deal nach Durchführung eines Insolvenzplan- verfahrens</i>	691
12.	<i>Gegenüberstellung von übertragender Sanierung und Insolvenzplanverfahren</i>	692
Kapitel 4	Insolvenzplanverfahren (<i>Fritze</i>)	693
1.	<i>Grundlagen</i>	693
1.1	<i>Zweck des Insolvenzplanverfahrens</i>	693
1.2	<i>Voraussetzungen eines Insolvenzplanverfahrens und Überblick über die gesetzlichen Regelungen</i>	696
1.3	<i>Exkurs: Kombination mit Eigenverwaltung</i>	697
2.	<i>Planinitiative</i>	698
2.1	<i>Vorlageberechtigung</i>	698
2.2	<i>Einreichungszeitpunkt</i>	699
2.3	<i>Insolvenzplanarten</i>	700
2.4	<i>Plankonkurrenz</i>	702
3.	<i>Inhalt des Insolvenzplans</i>	703
3.1	<i>Darstellender Teil</i>	704
3.2	<i>Gestaltender Teil.</i>	705
3.3	<i>Einteilung der Gläubiger in Gruppen</i>	709
3.4	<i>Plananlagen</i>	710
4.	<i>Verfahren</i>	711
4.1	<i>Überblick über den Ablauf des Verfahrens</i>	711
4.2	<i>Gerichtliches Vorverfahren</i>	712
4.3	<i>Erörterung und Abstimmung in der Gläubiger- versammlung/in den anberaumten Gerichtsterminen</i> . . .	714
4.4	<i>Obstruktionsverbot und weitere Zustimmungsfiktionen</i> . .	717
4.5	<i>Gerichtliche Überprüfung und Bestätigung des Insolvenzplans</i>	718
4.6	<i>Aufhebung des Verfahrens und Planüberwachung</i>	720

5.	<i>Wirkungen des Insolvenzplans</i>	721
5.1	Allgemeine Wirkungen.	721
5.2	Wiederaufleben des Verfahrens.	722
5.3	Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens	722
5.4	Massekredite	722
6.	<i>Besonderheiten</i>	723
6.1	Konzerne und internationale Fälle	723
6.2	Massearmut, Kosten, Rechtsmittel.	725
6.3	Steuerrecht im Insolvenzplanverfahren	726
6.4	Ausblick und weitere Reformdiskussion.	730
Kapitel 5	Verbraucherinsolvenzverfahren (<i>Martini</i>)	733
1.	<i>Vorbemerkung</i>	733
1.1	Allgemeine Ziele des Insolvenzverfahrens.	733
1.2	Statistische Bedeutung	734
1.3	Ziele des Verbraucherinsolvenzverfahrens/Schuldturn- problematik	734
1.4	Reform	735
2.	<i>Abgrenzung zum Regelinsolvenzverfahren</i>	736
2.1	Natürliche Person	737
2.2	Keine frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit.	737
2.2.1	Begriff der selbstständigen Tätigkeit	737
2.2.2	Wirtschaftliche Tätigkeit.	737
2.2.3	Frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit.	738
2.2.3.1	Nicht überschaubare Vermögensverhältnisse.	738
2.2.3.2	Keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen	738
2.3	Rechtsprechung	739
3.	<i>Verfahrensablauf</i>	740
3.1	Außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren.	740
3.1.1	Normzweck und sog. Aussichtslosigkeitsbescheinigung	740
3.1.2	Außergerichtlicher Einigungsversuch	741
3.1.3	Bescheinigung einer geeigneten Person oder Stelle.	741
3.1.4	Scheiternsfiktion	742
3.1.5	Rechtsprechung	742
3.2	Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	743
3.2.1	Normzweck	743
3.2.2	Voraussetzungen	743
3.2.3	Inhalt des Schuldenbereinigungsplans	743
3.2.4	Verfahren	743
3.2.5	Rechtsfolgen.	745
3.2.6	Formularzwang	745
3.3	Eröffnetes Insolvenzverfahren	746
3.3.1	Erfolglosigkeit des gerichtlichen Schuldenbereinigungs- verfahrens.	746
3.3.2	Feststellung des Insolvenzgrundes	746
3.3.3	Deckung der Verfahrenskosten	746
3.3.4	Verfahrenseröffnung	746

3.3.5	Verfahrensablauf	747
3.3.5.1	Eröffnungsbeschluss	747
3.3.5.2	Bestellung des Insolvenzverwalters bzw. Treuhänders . . .	748
3.3.5.3	Forderungsanmeldung	748
3.3.6	Insolvenzmasse	748
3.3.6.1	Arbeitseinkommen/Sozialleistungen.	749
3.3.6.2	Hausrat	749
3.3.6.3	Mietsicherheit/Genossenschaftsanteile.	749
3.3.6.4	Bankkonto/Sparguthaben	750
3.3.6.5	Lebensversicherungen/Altersbezüge	750
3.3.7	Abweichungen gegenüber der Regelinsolvenz.	751
3.3.7.1	Veröffentlichungen	751
3.3.7.2	Entfallen des Berichtstermins.	751
3.3.7.3	Anfechtung von Rechtshandlungen	752
3.3.7.4	Verwertungsrecht	753
3.3.7.5	Verteilung	753
3.3.7.6	Zeitliche Erweiterung der Rückschlagsperre	754
3.3.8	Verfahrensabschluss und Sperrwirkung.	754
4.	<i>Stundung der Verfahrenskosten</i>	754
4.1	Voraussetzungen.	755
4.2	Gewährung	756
4.3	Wirkung und Umfang.	756
4.4	Beiordnung eines Rechtsanwalts.	757
4.5	Aufhebung.	757
4.6	Rechtsprechung.	757
5.	<i>Sonderfragen</i>	758
5.1	Selbstständigkeit in der Verbraucherinsolvenz	758
5.2	Steuerliche Pflichten des Insolvenzverwalters.	759
5.3	Insolvenzplan im Verbraucherverfahren	759
Kapitel 6	Restschuldbefreiung der natürlichen Person (Martini) . .	761
1.	<i>Voraussetzungen</i>	762
1.1	Antrag	762
1.2	Abtretungserklärung (§ 287 Abs. 2 InsO).	763
1.3	Anhörung der Gläubiger und des Treuhänders bis zum Schlusstermin.	763
1.4	Fehlen von Versagungsgründen	763
1.5	Übernahme der Sperrfristrechtsprechung	766
2.	<i>Frühe Ankündigung der Restschuldbefreiung.</i>	766
3.	<i>Bestellung des Treuhänders.</i>	767
4.	<i>Obliegenheiten</i>	767
5.	<i>Entscheidung über die Restschuldbefreiung</i>	768
5.1	Vorzeitige Beendigung ohne Restschuldbefreiung	768
5.2	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung.	769
5.2.1	§ 300 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 InsO: Sofortige Erteilung	769
5.2.2	§ 300 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 InsO: Erteilung nach drei Jahren	769
5.2.3	§ 300 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 InsO: Erteilung nach fünf Jahren	770

5.3	Regelfristige Erteilung	770
5.4	§ 300a InsO: Asymmetrische Verfahren	771
5.5	Wirkungen der Restschuldbefreiung.	772
5.6	Widerruf der Restschuldbefreiung.	773
5.7	Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	774
Kapitel 7	Eigenverwaltung (<i>Wehdeking</i>)	775
1.	<i>Grundlagen der Eigenverwaltung</i>	775
1.1	Systematik der gesetzlichen Regelungen der Eigenverwaltung	775
1.2	Aufgabe der Eigenverwaltung und Intentionen des Insolvenzrechtsreformgesetzgebers.	776
1.2.1	Möglichkeit einer gerichtlich kontrollierten Reorganisation und Sanierung.	776
1.2.1.1	Überkommene Rechtslage und Beratungspraxis	776
1.2.1.2	Änderungen durch das ESUG	778
1.2.2	Anreiz zur Eigenantragstellung.	778
1.2.3	Nutzung des schuldnerischen Sachverständes	780
1.2.4	Kostenvorteile gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren	780
2.	<i>Materielle Voraussetzungen</i>	781
2.1	Eröffnungs- und Eigenverwaltungsantrag	782
2.1.1	Anforderungen an die Anträge	782
2.1.2	Antragsberechtigung	783
2.1.3	Maßgebender Zeitpunkt für den Antrag	784
2.2	Keine Nachteile für die Gläubiger	785
2.2.1	Nachteile	785
2.2.2	Maßstäbe der insolvenzgerichtlichen Prognoseentscheidung	786
2.2.3	Wahrscheinlichkeit der Nachteile	788
2.3	Äußerung des vorläufigen Gläubigerausschusses.	789
3.	<i>Gestaltung des Eröffnungsverfahrens nach Beantragung der Anordnung der Eigenverwaltung – sog. vorläufige Eigenverwaltung</i>	791
3.1	Eröffnungsverfahren gemäß § 270a InsO	792
3.1.1	Voraussetzungen	792
3.1.2	Rechtsfolgen.	793
3.2	Schutzschirmverfahren gemäß § 270b InsO	794
3.2.1	Anträge.	795
3.2.2	Drohende Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 18 InsO	795
3.2.2.1	Ermittlung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	796
3.2.2.2	Abgrenzung zur Zahlungsunfähigkeit und zu solventen Schuldnern	796
3.2.2.3	Eintritt der Zahlungsunfähigkeit nach Antragstellung	797
3.2.3	Überschuldung im Sinne von § 19 InsO.	799
3.2.4	Nicht offensichtlich aussichtslose Sanierung	800
3.2.5	„Sanierungsbescheinigung“ nach § 270b Abs. 1 Satz 3 InsO.	801
3.2.6	Beendigung des Schutzschirmverfahrens.	803

3.3	Rechtsfolgen der vorläufigen Eigenverwaltung	804
3.3.1	Begründung von Masseverbindlichkeiten	804
3.3.2	Anfechtungsrecht	807
3.3.3	Steuerrecht.	809
3.3.4	Insolvenzgeld.	810
3.3.5	Gesellschaftsrecht	810
3.3.6	Verfahrensrecht	811
3.4	Rechtsmittel	812
4.	<i>Entscheidung des Gerichts über die Eigenverwaltung</i>	813
4.1	Ablehnung der Anordnung der Eigenverwaltung	813
4.2	Anordnung der Eigenverwaltung	813
4.3	Rechtsmittel	815
5.	<i>Allgemeine Wirkung des Eröffnungsbeschlusses bei Anordnung der Eigenverwaltung</i>	815
5.1	Insolvenzbeschlagnahme des schuldnerischen Vermögens.	815
5.2	Befugnisse des Schuldners zur Masseverwaltung und -verwertung	816
5.3	Einsetzen eines Sachwalters	817
5.4	Registerrechtlicher Insolvenzvermerk.	817
5.5	Verfahrensrecht	817
5.6	Steuerrecht.	818
5.7	Gesellschaftsrecht	818
6.	<i>Rechtsstellung und Aufgabenverteilung zwischen Schuldner und (vorläufigen) Sachwalter</i>	819
6.1	Rechtsstellung und Befugnisse des Schuldners.	819
6.1.1	Rechtsstellung	819
6.1.2	Befugnisse und Pflichten des Schuldners	820
6.1.2.1	Führung der Geschäfte	820
6.1.2.2	Einschränkungen der schuldnerischen Rechtsmacht.	820
6.1.2.3	Wahlrecht des Schuldners	821
6.1.2.4	Lebensführung des Schuldners	822
6.1.2.5	Insolvenzspezifische Aufgaben des Schuldners	822
6.1.2.6	Vorlage eines Insolvenzplans	824
6.1.2.7	Mitwirkungspflichten	825
6.2	Rechtsstellung und Befugnisse des (vorläufigen) Sachwalters	825
6.2.1	Auswahl und Bestellung des (vorläufigen) Sachwalters	826
6.2.2	Rechte und Pflichten des (vorläufigen) Sachwalters.	828
6.2.2.1	Insolvenzanfechtung/Gesamtschaden.	829
6.2.2.2	Tabellenführung und Prüfpflichten	830
6.2.2.3	Beratungsaufgaben des Sachwalters.	831
6.2.2.4	Aufsichts-, Überwachungs- und Berichtspflichten	831
6.2.2.5	Mitwirkungsrechte	833
6.2.2.6	Zustimmungsbedürftigkeit	834
6.2.3	Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters	834
6.2.4	Insolvenzgerichtliche Aufsicht und Haftung	838
7.	<i>Haftung von Schuldner und Berater</i>	839

7.1	Schädigung der Masse keine Selbstschädigung	839
7.2	§ 64 GmbHG	840
7.3	Pflichten des eigenverwaltenden Schuldners	840
7.4	Keine Schuldner-/Beraterhaftung, weil kein haftendes Vermögen außerhalb des Insolvenzbeschlags?	840
7.4.1	Entsprechende Anwendung des § 61 InsO auf den eigenverwaltenden Schuldner?	840
7.4.2	Haftung des Schuldners für unrechtmäßig eingegangene Masseverbindlichkeiten als Frage insolvenzrechtlicher Nachhaftung	841
8.	<i>Aufhebung der Eigenverwaltung</i>	841
8.1	Antrag der Gläubigerversammlung	841
8.2	Gläubigerantrag	842
8.3	Schuldnerantrag	843
8.4	Aufhebungsentscheidung des Insolvenzgerichts	843
Kapitel 8	Sonderinsolvenzen (<i>Suikat</i>)	845
1.	<i>Nachlassinsolvenzverfahren</i>	845
1.1	Regelungszweck	845
1.2	Anwendungsbereich	846
1.2.1	In subjektiver Hinsicht – verschiedene Stadien des Eintritts des Todes	846
1.2.1.1	Tod vor Stellung des Insolvenzantrages	846
1.2.1.2	Tod im Insolvenzeröffnungsverfahren	846
1.2.1.3	Tod im eröffneten Insolvenzverfahren	846
1.2.2	In objektiver Hinsicht – erfasste Verbindlichkeiten	847
1.2.2.1	Erblasserverbindlichkeiten	847
1.2.2.2	Erbfallverbindlichkeiten	847
1.2.2.3	Nachlasserverbindlichkeiten	848
1.3	Rechtliche Grundlagen	848
1.3.1	Erbrechtliche Grundlagen	848
1.3.1.1	Grundsatz der unbeschränkten Erbenhaftung	848
1.3.1.2	Ausschlagung	849
1.3.1.3	Anfechtung	849
1.3.1.4	Nachlassverwaltung, -pflegschaft und -insolvenz	849
1.3.2	Insolvenzrechtliche Grundlagen	851
1.3.2.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen	851
1.3.2.1.1	Örtliche Zuständigkeit	851
1.3.2.1.2	Antragsberechtigte/Antragspflicht	851
1.3.2.1.3	Antragsfrist	853
1.3.2.2	Eröffnungsgründe	853
1.3.2.2.1	Überschuldung des Nachlasses	854
1.3.2.2.2	Zahlungsunfähigkeit des Nachlasses	854
1.3.2.2.3	Drohende Zahlungsunfähigkeit	855
1.3.2.3	Rechtsfolgen der Eröffnung eines Nachlassinsolvenz- verfahrens	855
1.3.2.4	Besondere Regelungen im Nachlassinsolvenzverfahren	856
1.3.2.4.1	§ 321 InsO	856

1.3.2.4.2	§ 323 InsO	856
1.3.2.4.3	§ 324 InsO	857
1.3.2.4.4	§ 325 InsO	857
1.3.2.4.5	Besonderheiten bei der Insolvenzanfechtung	857
1.3.2.4.6	Besonderheiten bei Lebensversicherungen	858
1.3.2.4.7	Besonderheiten bei der Fortführung eines Handelsgeschäftes	858
2.	<i>Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft.</i>	859
3.	<i>Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft</i>	859
Teil 4		
Rechnungslegung in der Insolvenz		861
Kapitel 1	Interne Rechnungslegung (<i>Amberger</i>)	863
1.	<i>Das System der Rechnungslegung im Insolvenzverfahren</i>	863
2.	<i>Insolvenzrechtliche Rechnungslegung – Entwicklung</i> ...	864
2.1	Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht im Insolvenzverfahren (GAVI)	865
2.2	Empfehlungen der Uhlenbruck-Kommission	866
2.3	VID – Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e.V. ...	867
2.4	SKR InsO	867
2.5	Rechnungslegungshinweise des IDW e.V.	868
3.	<i>Rechnungslegung und Berichterstattung im Einzelnen</i> ..	868
3.1	Verzeichnis der Massegegenstände (§ 151 InsO)	868
3.2	Gläubigerverzeichnis (§ 152 InsO)	869
3.3	Vermögensübersicht (§ 153 InsO)	869
3.4	Schlussrechnung (§ 66 InsO)	869
3.4.1	Schlussrechnung	870
3.4.2	Schlussbericht	870
3.4.3	Schlussverzeichnis	871
3.4.4	Gerichtliche Prüfung	871
3.4.5	Prüfung durch den Gläubigerausschuss	872
3.5	Schlussrechnung bei vorheriger Anzeige der Masseunzulänglichkeit	872
Kapitel 2	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz (<i>Schmid</i>) ...	873
1.	<i>Einführung und Abgrenzung.</i>	873
1.1	Einführung	873
1.2	Ziele der externen Rechnungslegung	873
1.3	Abgrenzung zur internen Rechnungslegung im Insolvenzverfahren	874
2.	<i>Umfang der externen Rechnungslegungspflicht.</i>	875
2.1	Handelsrechtliche Buchführungspflicht	875
2.1.1	Zeitlicher und sachlicher Umfang	875
2.1.2	Anforderungen an die Buchführung	879

2.2	Handelsrechtliche Abschlüsse	880
2.2.1	Insolvenzrechnungslegung und Liquidations- rechnungslegung.	880
2.2.2	Letzter Jahresabschluss der werbenden Gesellschaft vor Insolvenzeröffnung	882
2.2.3	Eröffnungsbilanz auf den Zeitpunkt der Verfahrens- eröffnung	886
2.2.4	Jahresabschlüsse für Geschäftsjahre, die während des Insolvenzverfahrens enden	889
2.2.5	Handelsrechtliche Schlussbilanz	890
2.3	Konzernrechnungslegung in der Insolvenz	891
2.4	Jahresabschlussprüfung in der Insolvenz.	893
2.5	Feststellung	895
2.6	Handelsrechtliche Offenlegungspflichten	895
2.7	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz nach steuerrechtlichen Vorschriften	896
2.8	Reduzierung des Pflichtenumfangs insbesondere bei Masseunzulänglichkeit.	899

Teil 5

Steuern in Sanierung und Insolvenz 905

Kapitel 1	Verfahrensfragen (Bschorr)	907
1.	<i>Insolvenzsteuerrecht „versus“ Steuerrecht.</i>	907
2.	<i>Verfahrensrechtliche Stellung der Beteiligten</i>	908
2.1	Stellung des Schuldners nach der Verfahrenseröffnung . .	908
2.2	Steuerrechtliche Stellung des Insolvenzverwalters	909
2.2.1	Steuererklärungsspflichten für die Zeit des Insolvenz- verfahrens.	911
2.2.2	Steuererklärungen für die Zeit vor Insolvenzeröffnung . .	912
2.2.3	Dauer der Insolvenz, Pflichten des Insolvenzverwalters. .	913
2.3	Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	913
2.4	Stellung des Treuhänders und Sachwalters	915
2.5	Haftung des Insolvenzverwalters für Steuerschulden. . . .	916
2.5.1	Haftung des Insolvenzverwalters	916
2.5.2	Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	919
2.6	Stellung der Finanzverwaltung	919
2.6.1	Das Finanzamt als Gläubiger.	920
2.6.2	Auskünfte des Finanzamtes an den Insolvenzverwalter . .	921
3.	<i>Wirkungen der Insolvenzeröffnung im Besteuerungs- verfahren</i>	922
3.1	Steuerermittlungsverfahren	922
3.2	Steuerfestsetzungsverfahren/Feststellungsverfahren	923
3.3	Erstattungsansprüche	926
3.4	Rechtsbehelfsverfahren.	927
3.5	Finanzgerichtsverfahren.	929
3.6	Vollstreckungsverfahren.	931

4.	<i>Durchsetzung von Steuerforderungen im Insolvenzverfahren</i>	931
4.1	Qualifizierung von Steuern als Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit	931
4.2	Anmeldung und Feststellung von Insolvenzforderungen	935
4.2.1	Anmeldung zur Tabelle	935
4.2.2	Anerkennung oder Widerspruch im Prüfungstermin	936
4.2.3	Feststellungsbescheid nach § 251 Abs. 3 AO	939
4.2.4	Beitreibung nach Insolvenzbeendigung	940
4.3	Durchsetzung von Masseverbindlichkeiten	941
4.3.1	Massereichtum	941
4.3.2	Massearmut	941
4.4	Durchsetzung von Steuern aus insolvenzfremder Tätigkeit/Neuerwerb	942
4.5	Aufrechnung	944
4.5.1	Aufrechnung von Vorauszahlungsschulden	950
4.5.2	Aufrechnung mit Erstattungszinsen	950
4.5.3	Aufrechnung mit Säumniszuschlägen	950
4.5.4	Aufrechnung mit Haftungsforderungen	951
4.5.5	Aufrechnung bei Neuerwerb	951
4.5.6	Aufrechnung unter Berücksichtigung des Umsatzsteuer-Saldierungsprinzips	952
4.5.7	Aufrechnung Vorsteuer aus Vergütung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	952
4.5.8	Aufrechnung von Umsatzsteuer- und Vorsteuerberichtigungsansprüchen nach § 17 UStG	953
4.5.9	Aufrechnung mit Sondervorauszahlungen bei Dauerfristverlängerung	954
4.5.10	Aufrechenbarkeit des Vergütungsanspruchs nach Rechnungsberichtigung	954
4.5.11	Aufrechnung mit einer zur Tabelle festgestellten Insolvenzforderung	954
4.5.12	Aufrechnung nach Quotenauszahlung	955
4.5.13	Aufrechnung von Kraftfahrzeugsteuern	955
4.5.14	Aufrechnung von Grunderwerbsteuer	956
4.5.15	Aufrechnung gegen Anspruch auf Eigenheimzulage	956
4.5.16	Aufrechnung Körperschaftsteuerguthaben im Sinne von § 37 Abs. 1 Satz 1 KStG	956
4.5.17	Aufrechnung mit im Insolvenzplan erlassener Forderung	956
4.5.18	Aufrechnung im Rahmen der Nachtragsverteilung	957
Kapitel 2	Umsatzsteuer (Bschorr)	958
1.	<i>Unternehmereigenschaft in der Insolvenz und verfahrensrechtliche Fragen</i>	958
2.	<i>Umsatzsteuerforderungen als Insolvenzforderungen/Masseverbindlichkeiten</i>	959
3.	<i>Umsatzsteuer bei Neuerwerb/Freigabe</i>	966

4.	<i>Umsatzsteuerliche Organschaft</i>	967
4.1	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	967
4.2	Insolvenz der Organgesellschaft	968
4.3	Insolvenz des Organträgers	969
4.4	Insolvenz des Organträgers und der Organgesellschaft.	970
4.5	Rechtsfolgen bei Beendigung der Organschaft.	971
5.	<i>Vorsteuer im Insolvenzverfahren</i>	974
6.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 17 UStG</i>	975
7.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG</i>	977
8.	<i>Umsatzsteuerkorrektur</i>	979
9.	<i>Umsatzsteuer/Vorsteuer bei nicht vollständig erfüllten Verträgen</i>	981
9.1	Umsatzsteuerkorrektur nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 UStG	981
9.2	Vorsteuerberichtigung nach § 17 Abs. 2 UStG	983
10.	<i>Sicherungsverwertung</i>	984
10.1	Verwertung durch den Insolvenzverwalter	985
10.2	Verwertung durch den Sicherungsnehmer	987
10.3	Verwertung durch den Insolvenzschuldner nach Freigabe	989
10.4	Verwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens	989
11.	<i>Geschäftsveräußerung im Ganzen</i>	991
Kapitel 3	Ertragsteuern (Schmid)	994
1.	<i>Körperschaftsteuer</i>	994
1.1	Grundlagen	994
1.2	Wechselwirkungen zwischen Körperschaftsteuer und Einkommensteuer unter dem Regime der Abgeltungsteuer	996
1.3	Verlustrück- und -vortrag, Mindestbesteuerung	1000
1.4	Untergang von Verlustvorträgen, § 8c KStG	1002
1.4.1	Grundlagen	1002
1.4.2	Regelungsinhalt.	1004
1.4.3	Sanierungsklausel	1008
1.4.3.1	Begriff des Beteiligungserwerbs	1009
1.4.3.2	Begriff der Sanierung	1009
1.4.3.3	Erhaltung der wesentlichen Betriebsstrukturen	1012
1.4.3.4	Ausschluss der Anwendung der Sanierungsklausel.	1016
1.5	Gesellschafterdarlehen in Krise und Insolvenz	1016
1.5.1	Einführung.	1016
1.5.2	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	1017
1.5.3	Rechtslage vor Einführung des MoMiG.	1018
1.5.4	Situation nach dem MoMiG.	1019
1.5.5	Bilanzielle Behandlung der Gesellschafterdarlehen	1019
1.5.6	Einfluss von Sanierungsmaßnahmen	1019
1.5.6.1	Verzicht auf Gesellschafterdarlehen	1019
1.5.6.2	Forderungsverzicht mit Besserungsversprechen	1023
1.5.6.3	Rangrücktritt	1026

1.6	Pensionsrückstellungen in Krise und Insolvenz	1030
1.6.1	Grundlagen	1030
1.6.2	(Voll-) Verzicht auf Pensionszusagen durch Gesellschafter – Geschäftsführer.	1031
1.6.3	(Teil-)Verzicht auf noch nicht erdiente Anwartschafts- rechte	1033
1.6.4	Widerruf von Pensionszusagen	1034
1.6.5	Abfindung einer Pensionsanwartschaft	1036
1.7	Ertragsteuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen	1039
1.7.1	Grundlagen	1039
1.7.2	BMF-Schreiben vom 27.03.2003	1040
1.8	Körperschaftsteuer in der Insolvenz	1046
1.8.1	Grundlagen	1046
1.8.2	Körperschaftsteuer als Insolvenzforderung oder als Masseverbindlichkeit	1046
1.8.3	Besonderer Gewinnermittlungszeitraum gemäß § 11 KStG	1050
1.8.4	Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft	1052
1.8.4.1	Insolvenz der Organgesellschaft	1052
1.8.4.2	Insolvenz des Organträgers	1055
1.8.4.3	Gleichzeitige Insolvenz von Organträger und Organ- gesellschaft	1055
2.	<i>Einkommensteuer</i>	1055
2.1	Grundlagen	1055
2.2	Steuersubjekt der Einkommensteuer	1056
2.3	Verluste und Verlustnutzung	1057
2.3.1	System der steuerlichen Berücksichtigung von Verlusten	1057
2.3.2	Einschränkungen der Verlustberücksichtigung.	1058
2.4	Steuerliche Auswirkungen von Forderungsverzicht und Rangrücktritt	1059
2.4.1	Überblick	1059
2.4.2	Natürliche Personen – Einzelunternehmer.	1060
2.4.2.1	Forderungsverzicht durch Drittgläubiger	1060
2.4.2.2	Forderungsverzicht mit Besserungsschein	1063
2.4.2.3	Rangrücktritt	1064
2.4.3	Gesellschafter von Kapitalgesellschaften.	1066
2.4.3.1	Grundlagen	1066
2.4.3.2	Verlust von Gesellschafterdarlehen – altes Recht.	1068
2.4.3.3	Verlust von Gesellschafterdarlehen – neues Recht	1070
2.4.3.4	Rangrücktrittserklärungen und Verzicht mit Besserungsschein	1072
2.4.4	Gesellschafter von Personenhandelsgesellschaften	1073
2.4.4.1	Steuerrechtliche Behandlung von Forderungen eines Gesellschafters gegen die Personengesellschaft – Grundsätze.	1073
2.4.4.2	Forderungsverzicht des Gesellschafters gegenüber der Personengesellschaft	1075
2.4.4.3	Rangrücktritt und Besserungsschein	1076
2.5	Einkommensteuerliche Folgen der Insolvenzeröffnung	1079

2.5.1	Trennung von Insolvenzforderungen und Masse-	1079
	schulden	
2.5.1.1	Einkommensteuerliche Umsetzung der insolvenzrecht-	1079
	lichen Vermögenssphären	
2.5.1.2	Insolvenzrechtliches Begründetsein von Einkommen-	1082
	steuerschulden	
2.5.1.3	Einkommensteuern als Masseverbindlichkeit	1083
2.5.1.4	Abgrenzung zwischen Masseverbindlichkeiten und	
	insolvenzfremem Vermögen bei Aufnahme einer	
	neuen Tätigkeit	1084
2.5.1.5	Einkommensteuerschulden als gewillkürte Masse-	
	verbindlichkeiten gemäß § 55 Abs. 4 InsO	1086
2.5.2	Aufteilung der Einkommensteuerschuld	1087
2.5.3	Einkommensteuer-Vorauszahlungen und Abschluss-	
	zahlungen	1089
2.5.4	Ehegattenveranlagung	1090
2.5.5	Auflösung stiller Reserven	1092
2.5.6	Einkommensteuerfragen im Zusammenhang mit	
	Personengesellschaften	1094
2.5.6.1	Insolvenz der Personengesellschaft	1094
2.5.6.2	Beteiligung des Insolvenzschuldners an einer Personen-	
	gesellschaft	1096
2.5.6.3	Betriebsaufgabe und Betriebsveräußerung in der	
	Insolvenz	1097
2.5.7	Restschuldbefreiung und Sanierungsgewinne	1099
3.	<i>Gewerbesteuer</i>	1101
3.1	Grundlagen	1101
3.2	Gewerbesteuerliche Verlustvorträge und Sanierungs-	
	gewinne	1101
3.3	Gewerbesteuerpflicht in der Insolvenz	1104
3.4	Ermittlung des Gewerbeertrages in der Insolvenz	1105
4.	<i>Lohnsteuer</i>	1106
4.1	Grundlagen	1106
4.2	Insolvenz des Arbeitnehmers	1106
4.3	Insolvenz des Arbeitgebers	1107
4.4	Lohnsteuerfragen im Zusammenhang mit Insolvenz-	
	geldzahlungen	1108

Teil 6

Gesetzesübergreifende Bezüge 1111

Kapitel 1	Arbeits- und Sozialrecht (<i>Witt</i>)	1113
1.	<i>Einführung</i>	1113
2.	<i>Sanierung und Kündigungsschutz</i>	1114
2.1	Allgemeiner Kündigungsschutz	1114
2.1.1	Räumlicher Anwendungsbereich	1114
2.1.1.1	Betriebe mit bis zu fünf Arbeitnehmern	1115

2.1.1.2	Betriebe mit mehr als fünf und bis zehn Arbeitnehmern . . .	1115
2.1.1.3	Betriebe mit mehr als zehn Arbeitnehmern	1116
2.1.1.4	Feststellung der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer . .	1116
2.1.2	Persönlicher Anwendungsbereich	1116
2.1.3	Dringende betriebliche Gründe	1117
2.1.3.1	Die unternehmerische Entscheidung	1118
2.1.3.2	Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle	1118
2.1.3.3	Unternehmerische Entscheidung: Betriebsstillegung	1120
2.1.3.4	Kündigung als letztes Mittel	1121
2.1.3.4.1	Freier Arbeitsplatz	1121
2.1.3.4.2	Freier gleichwertiger Arbeitsplatz	1121
2.1.3.4.3	Freier nicht gleichwertiger Arbeitsplatz	1122
2.1.4	Sozialauswahl	1123
2.1.4.1	Vergleichbarkeit der Arbeitnehmer	1123
2.1.4.1.1	Arbeitnehmer in demselben Betrieb	1123
2.1.4.1.2	Tatsächliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz	1123
2.1.4.1.3	Rechtliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz	1124
2.1.4.1.4	Weitere Vergleichbarkeitsmerkmale	1124
2.1.4.2	Feststellung der sozialen Schutzbedürftigkeit	1125
2.1.4.2.1	Betriebszugehörigkeit	1125
2.1.4.2.2	Lebensalter	1126
2.1.4.2.3	Unterhaltungspflichten	1126
2.1.4.2.4	Schwerbehinderung	1127
2.1.4.2.5	Ermittlung der Sozialdaten	1127
2.1.4.2.6	Gewichtung der Sozialdaten	1128
2.1.4.3	Leistungsträgerregelung	1128
2.1.4.4	Erhaltung einer ausgewogenen Personalstruktur	1128
2.1.4.5	Punkteschema in Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung . .	1130
2.1.4.6	Punkteschema des Arbeitgebers	1131
2.1.4.7	Fehlerhafte Sozialauswahl bei Verwendung eines Punkteschemas	1131
2.1.5	Kündigung aufgrund Interessenausgleichs mit Namensliste	1132
2.1.5.1	Betriebsänderung	1132
2.1.5.2	Namensliste	1133
2.1.5.3	Vermutung: Betriebsbedingter Grund	1133
2.1.5.4	Herabsetzung des Prüfungsmaßstabes der Sozialauswahl . .	1135
2.1.5.5	Wesentliche Sachlagenänderung	1136
2.1.5.6	Interessenausgleich mit Namensliste und Betriebs- ratsanhörung	1136
2.2	Besonderer Kündigungsschutz	1137
2.2.1	Arbeitnehmersvertreter	1137
2.2.2	Schwerbehinderte Menschen	1138
2.2.3	Elternzeit	1140
2.2.4	Mutterschutz	1140
2.3	Kündigungsform	1141

2.4	Kündigungsbegründung	1141
2.5	Kündigung durch Vertreter	1142
2.6	Kündigungszugang	1143
2.7	Kündigungsfristen	1144
2.7.1	Grundkündigungsfrist	1144
2.7.2	Verlängerung der Grundkündigungsfrist	1145
2.7.3	Abweichung durch Tarifvertrag	1145
2.8	Massenentlassungsanzeige	1145
2.8.1	Voraussetzung	1145
2.8.2	Beteiligung des Betriebsrates	1146
2.8.3	Inhalt der Anzeige	1146
2.8.4	Folgen einer unterlassenen oder unwirksamen Anzeige	1147
2.8.5	Folgen einer wirksamen Massenentlassungsanzeige	1147
2.9	Wirksamkeit einer Kündigung und Kündigungsschutzklage	1147
3.	<i>Sanierung und Mitbestimmung des Betriebsrates.</i>	1149
3.1	Betriebsratsanhörung vor Kündigung	1149
3.1.1	Form und Umfang	1149
3.1.2	Fristbeginn und Fristende	1151
3.2	Interessenausgleich	1152
3.2.1	Unternehmensgröße	1152
3.2.2	Rechtzeitige Unterrichtung des Betriebsrates	1152
3.2.3	Gang der Verhandlungen	1153
3.2.4	Gegenstand eines Interessenausgleiches	1154
3.2.5	Mitbestimmungspflichtige Betriebsänderungen	1154
3.2.5.1	Einschränkung und Stilllegung des Betriebes oder von Betriebsteilen	1154
3.2.5.1.1	Betriebsstilllegung	1154
3.2.5.1.2	Betriebseinschränkung	1155
3.2.5.2	Verlegung des Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen	1155
3.2.5.3	Zusammenschluss mit anderen Betrieben oder Betriebsspaltung	1156
3.2.5.4	Grundlegende Änderungen von Betriebsorganisation, Betriebszweck oder Betriebsanlagen	1156
3.2.5.5	Neue Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren	1157
3.2.6	Verstoß gegen das Mitbestimmungsrecht	1157
3.2.6.1	Nachteilsausgleich	1157
3.2.6.2	Ordnungswidrigkeit	1157
3.2.6.3	Unterlassung der Betriebsänderung	1157
3.3	Sozialplan	1157
3.3.1	Ausnahmen von der Erzwingbarkeit	1158
3.3.2	Gegenstand eines Sozialplans	1159
3.3.2.1	Abfindungsregelungen	1160
3.3.2.1.1	Betriebszugehörigkeit	1160
3.3.2.1.2	Bruttomonatsverdienst	1160
3.3.2.1.3	Weitere soziale Gesichtspunkte	1161
3.3.2.2	Transfersozialpläne	1161

4.	<i>Sanierung und Betriebsübergang</i>	1161
4.1	Betriebsübertragung durch Rechtsgeschäft	1161
4.2	Übergang der Arbeitsverhältnisse	1162
4.3	Fortgeltung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen	1162
4.4	Haftung von altem und neuem Inhaber.	1163
4.5	Kündigungsverbot.	1164
4.6	Umgehungsverbot.	1164
4.7	Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht.	1165
4.7.1	Unterrichtungspflicht	1165
4.7.1.1	Zeitpunkt des Betriebsüberganges	1165
4.7.1.2	Grund des Überganges.	1165
4.7.1.3	Rechtliche, wirtschaftliche und soziale Folgen des Überganges.	1166
4.7.1.4	Maßnahmen für Arbeitnehmer	1166
4.7.1.5	Person des neuen Inhabers.	1167
4.7.2	Widerspruchsrecht	1167
4.7.3	Vorliegen eines Betriebs- und Betriebsteilübergangs.	1168
4.7.3.1	Art des betreffenden Unternehmens oder Betriebes	1168
4.7.3.2	Etwaiger Übergang der materiellen Betriebsmittel	1169
4.7.3.3	Wert der immateriellen Aktiva im Zeitpunkt des Überganges.	1169
4.7.3.4	Übernahme von Arbeitnehmern	1169
4.7.3.5	Übergang der Kundschaft	1170
4.7.3.6	Grad der Ähnlichkeit der Tätigkeiten vor und nach dem Übergang.	1170
4.7.3.7	Dauer einer eventuellen Unterbrechung der Tätigkeit	1170
4.7.3.8	Weitere Merkmale.	1171
4.8	Transfergesellschaft als Sanierungselement	1171
4.8.1	Transfergesellschaft statt Kündigung	1171
4.8.2	Transfergesellschaft und Betriebsübergang.	1172
5.	<i>Sanierung und die besonderen arbeitsrechtlichen Regelungen in der Insolvenz.</i>	1174
5.1	Geltungsbereich	1174
5.2	Insolvenzeröffnung als Kündigungsgrund	1174
5.3	Kündigungsfrist und Unkündbarkeit	1174
5.3.1	Abkürzung der Kündigungsfristen	1174
5.3.2	Aufhebung einer Unkündbarkeit	1175
5.3.3	Anwendungsbereich.	1176
5.3.4	Schadensersatzanspruch des Gekündigten	1176
5.4	Wettbewerbsverbote	1177
5.5	Betriebsverfassungsrecht in der Insolvenz.	1177
5.5.1	Interessenausgleich.	1177
5.5.2	Nachteilsausgleich	1178
5.5.3	Straffung des Interessenausgleichsverfahrens.	1178
5.5.3.1	Verkürzung des Verhandlungsweges	1178
5.5.3.2	Zustimmung zur Betriebsänderung durch das Arbeitsgericht	1179

5.5.3.2.1	Sinn des § 122 InsO	1179
5.5.3.2.2	Unterrichtung des Betriebsrates	1180
5.5.3.2.3	Die Drei-Wochen-Frist	1180
5.5.3.2.4	Anrufung des Arbeitsgerichts	1181
5.5.3.2.5	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit	1181
5.5.3.2.6	Abwägung der gegenseitigen Interessen.	1181
5.5.4	Sozialplan in der Insolvenz	1182
5.5.4.1	Absolute Obergrenze	1182
5.5.4.2	Relative Obergrenze	1182
5.5.4.3	Sozialplanforderungen als Masseverbindlichkeit.	1183
5.5.4.4	Verbot von Leistungsklage und Zwangsvollstreckung . . .	1183
5.5.4.5	Widerruf insolvenznaher Sozialpläne	1183
5.5.4.6	Widerruf insolvenzferner Sozialpläne und anderer Betriebsvereinbarungen	1184
5.6	Massenkündigung im Insolvenzverfahren	1185
5.6.1	Interessenausgleich mit Namensliste	1186
5.6.1.1	Betriebsänderung	1186
5.6.1.2	Vermutung: Betriebsbedingter Grund	1186
5.6.1.3	Herabsetzung des Überprüfungsmaßstabes und Einschränkung der Überprüfung der Sozialauswahl	1186
5.6.1.4	Spätere Änderung der Sachlage	1187
5.6.1.5	Spätere Änderung der Sachlage und Wiedereinstellungs- anspruch	1188
5.6.1.6	Vermutung: Keine Kündigung wegen Betriebsübergang .	1188
5.6.2	Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	1189
5.6.2.1	Betriebsänderung	1189
5.6.2.2	Betriebe mit Betriebsrat	1190
5.6.2.3	Betriebe ohne Betriebsrat	1190
5.6.2.4	Verfahren vor dem Arbeitsgericht	1190
5.6.2.4.1	Zuständigkeit und Beteiligte	1190
5.6.2.4.2	Feststellungen des Arbeitsgerichtes	1191
5.6.2.4.3	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit	1191
5.6.2.5	Keine Betriebsratsanhörung vor Verfahrenseinleitung . .	1192
5.6.2.6	Kündigung und Beschlussverfahren	1192
5.6.2.7	Bindungswirkung der Entscheidung des Arbeitsgerichtes .	1193
5.7	Betriebsveräußerung in der Insolvenz	1193
5.7.1	Anwendung des § 613a BGB	1193
5.7.1.1	Keine Haftung des Erwerbers für Insolvenzforderungen. .	1194
5.7.1.2	Personalabbau durch Sanierungskonzept.	1195
6.	<i>Sozialrecht in der Insolvenz.</i>	1195
6.1	Insolvenzgeld	1195
6.2	Anspruchsberechtigte Personen	1196
6.2.1	Arbeitnehmer	1196
6.2.2	GmbH-Geschäftsführer.	1196
6.2.3	Vorstand einer Aktiengesellschaft.	1197
6.3	Inlandsbeschäftigung	1197
6.4	Insolvenzerignis.	1197
6.4.1	Insolvenz des Arbeitgebers	1197

6.4.2	Insolvenzereignisse	1197
6.4.2.1	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1198
6.4.2.2	Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse	1198
6.4.2.3	Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit ohne Insolvenzverfahren	1198
6.4.2.3.1	Einstellung der Betriebstätigkeit	1198
6.4.2.3.2	Kein Insolvenzantrag	1198
6.4.2.3.3	Offensichtliche Masselosigkeit	1199
6.4.3	Insolvenzgeldzeitraum	1199
6.4.4	Arbeitsentgelt	1200
6.4.5	Antragsfrist	1201
6.5	Anspruchsausschluss	1201
6.5.1	Arbeitsentgeltansprüche wegen oder nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1201
6.5.2	Angefochtene und anfechtbar erworbene Arbeits- entgeltansprüche	1202
6.5.3	Leistungsverweigerungsrecht des Insolvenzverwalters	1202
6.6	Höhe des Insolvenzgeldes	1202
6.7	Vorschuss auf das Insolvenzgeld	1202
6.8	Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes zur Aufrecht- erhaltung des Geschäftsbetriebes	1203
Kapitel 2	Gesellschaftsrecht (Amberger)	1204
1.	Einleitung	1204
2.	Insolvenzfähigkeit	1204
2.1	Allgemeines	1204
2.2	Juristische Personen	1205
2.2.1	GmbH	1205
2.2.2	AG	1205
2.2.3	KGaA	1206
2.2.4	Eingetragene Genossenschaft	1206
2.2.5	Rechtsfähiger Verein	1206
2.2.6	Rechtsfähige Stiftung	1206
2.3	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	1207
2.3.1	OHG	1207
2.3.2	KG	1207
2.3.3	Partnerschaftsgesellschaft (mbH)	1208
2.3.4	GbR	1208
2.3.5	Partenreederei	1209
2.3.6	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	1209
2.3.7	GmbH & Co. KG	1210
2.3.8	Nicht rechtsfähiger Verein	1210
2.3.9	Ausländische Kapitalgesellschaften	1210
2.3.10	Konzern	1210
2.4	Entstehen	1212
2.4.1	Entstehen von Personengesellschaften	1212
2.4.2	Entstehen juristischer Personen	1212
2.4.2.1	Vorgründungsgesellschaft	1213

2.4.2.2	Vor-Gesellschaft	1213
2.5	Auflösung	1214
2.6	Ende der Insolvenzfähigkeit	1215
3.	<i>Insolvenzantragsrecht und Insolvenzantragspflicht</i>	1215
3.1	Antragsrecht	1215
3.2	Antragspflicht	1216
4.	<i>Einfluss des Insolvenzverfahrens auf die interne Organisation der Gesellschaft</i>	1216
4.1	Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts auf den Verwalter (§ 80 InsO)	1217
4.2	Konsequenzen der Insolvenzeröffnung für den Rechtsträger	1217
4.2.1	Auflösung der Gesellschaft	1217
4.2.2	Beendigung der Rechtsfähigkeit	1217
4.2.3	Sonderfall GmbH & Co. KG	1217
4.3	Einfluss auf die Gesellschafter und Organe	1218
4.4	Finanzverfassung	1219
4.5	Besonderheiten bei börsennotierter Aktiengesellschaft	1219
5.	<i>Gesellschaftsrechtsspezifische Ansprüche – Insolvenzmasse</i>	1220
5.1	Kapitalaufbringung	1220
5.1.1	Kapitalaufbringung bei der GmbH (§§ 19 ff., 5 ff. GmbHG)	1221
5.1.1.1	Stammkapital	1221
5.1.1.2	Mindesteinlage (§ 7 Abs. 2 GmbHG)	1222
5.1.1.3	Leistung der Einlage	1222
5.1.1.4	Versicherung des Geschäftsführers (§§ 8 Abs. 2, 7 Abs. 2 GmbHG)	1224
5.1.1.5	Voreinzahlung	1224
5.1.1.6	Sachgründung (§§ 7 Abs. 3, 5 Abs. 4 GmbHG)	1225
5.1.1.6.1	Sacheinlage	1225
5.1.1.6.2	Sachübernahme	1226
5.1.1.7	Sacheinlage, verdeckte	1226
5.1.1.7.1	Vorliegen einer verdeckten Sacheinlage	1226
5.1.1.7.2	Rechtsfolgen	1227
5.1.1.7.2.1	Rechtsfolgen vor Inkrafttreten des MoMiG bzw. für die Unternehmergesellschaft	1228
5.1.1.7.2.2	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG (§ 19 Abs. 4 GmbHG)	1229
5.1.1.7.2.3	Scheitern der Eintragung	1232
5.1.1.7.2.4	Haftung des Steuerberaters bei Fehlberatung	1232
5.1.1.8	Hin- und Herzahlen (§ 19 Abs. 5 GmbHG)	1232
5.1.1.8.1	Vorliegen eines Hin- und Herzahlens	1233
5.1.1.8.2	Gleichgestellte Dritte	1234
5.1.1.8.3	Rechtsfolge	1234
5.1.1.8.3.1	Sonderfall § 19 Abs. 5 GmbHG	1234
5.1.1.8.3.2	Regelfall ohne Eingreifen von § 19 Abs. 5 GmbHG/ Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	1236

Inhaltsverzeichnis

5.1.1.9	Cash-Pool	1236
5.1.1.10	Kapitalerhöhung	1237
5.1.1.11	Vorratsgesellschaft/Mantelkauf	1239
5.1.1.12	Verjährung/Verzinsung des Anspruchs auf die Einlageleistung	1241
5.1.1.12.1	Verjährung	1241
5.1.1.12.2	Verzinsung (§ 20 GmbHG)	1242
5.1.1.13	Folgen der Nichteinzahlung/Kaduzierung (§§ 21 ff. GmbHG)	1242
5.1.1.13.1	Kaduzierung des Gesellschaftsanteils (§ 21 GmbHG) . . .	1242
5.1.1.13.1.1	Säumnis des Gesellschafters (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG)	1242
5.1.1.13.1.2	Androhung der Kaduzierung (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG)	1243
5.1.1.13.1.3	§ 21 Abs. 1 Satz 2 GmbHG	1243
5.1.1.13.1.4	§ 21 Abs. 1 Satz 3 GmbHG	1243
5.1.1.13.1.5	Erklärung des Ausschlusses (§ 21 Abs. 2 GmbHG)	1243
5.1.1.13.1.6	Folgen der Kaduzierung	1243
5.1.1.13.2	Inanspruchnahme der Rechtsvorgänger (§ 22 GmbHG) . .	1244
5.1.1.13.3	Verwertung des Anteils (§ 23 GmbHG)	1244
5.1.1.13.4	Haftung des Ausgeschlossenen (§ 21 Abs. 3 GmbHG) . .	1244
5.1.1.13.5	Ausfallhaftung der Mitgesellschafter (§ 24 Satz 1 GmbHG)	1245
5.1.1.13.6	Keine Befreiung von den Rechtsfolgen der §§ 21 ff. GmbHG, § 25 GmbHG	1245
5.1.1.14	Weitere Ansprüche im Zusammenhang mit der Einlageforderung	1245
5.1.2	Kapitalaufbringung bei der UG (§§ 19 ff., 5a ff. GmbHG)	1246
5.1.3	Kapitalaufbringung bei der AG (§§ 7 ff., 27 ff., 36a AktG)	1247
5.1.3.1	Grundkapital	1247
5.1.3.2	Sacheinlagen/Sachübernahmen	1247
5.1.3.3	Sacheinlage, verdeckte	1248
5.1.3.4	Hin- und Herzahlen	1248
5.1.3.5	Mindestkapital	1249
5.1.3.6	Inhalt der Anmeldung	1249
5.1.3.7	Kapitalerhöhung	1250
5.2	Kapitalerhaltung	1251
5.2.1	Kapitalerhaltung nach Eintragung der GmbH	1251
5.2.1.1	Auszahlungsverbot (§ 30 GmbHG)	1251
5.2.1.1.1	Unterbilanz	1250
5.2.1.1.2	Überschuldung	1252
5.2.1.1.3	Bedeutung der Gegenleistung	1252
5.2.1.1.4	Auszahlung	1253
5.2.1.1.5	Leistung an den Gesellschafter	1253
5.2.1.1.6	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	1253
5.2.1.1.7	Ausnahme Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen, § 30 Abs. 1 Satz 3 GmbHG n.F. – Änderungen durch das MoMiG	1253
5.2.1.1.8	Beweislast	1254
5.2.1.2	Erstattungsanspruch (§ 31 GmbHG)	1254
5.2.1.2.1	Auszahlungsverbot (§ 30 Abs. 1 GmbHG)	1254

5.2.1.2.2	Erstattungspflicht (§ 31 Abs. 1 GmbHG)	1254
5.2.1.2.3	Anspruch der Gesellschaft	1255
5.2.1.2.4	Gutgläubigkeit (§ 31 Abs. 2 GmbHG)	1255
5.2.1.2.5	Sonderfälle	1256
5.2.1.2.6	Verjährung – 10 Jahre ab Auszahlung (§ 31 Abs. 5 GmbHG)	1256
5.2.1.2.7	Sonstiges	1256
5.2.1.2.8	Haftung der Mitgesellschafter subsidiär (§ 31 Abs. 3 GmbHG)	1257
5.2.1.2.9	Ansprüche gegen den Geschäftsführer	1257
5.2.1.3	Steuerliche Konsequenzen	1257
5.2.1.4	Eigenkapitalersatz (§§ 32a ff. GmbHG a.F.)	1257
5.2.1.4.1	Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	1258
5.2.1.4.2	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG	1260
5.2.1.4.2.1	Kleingesellschafterprivileg	1261
5.2.1.4.2.2	Sanierungsgesellschafter	1261
5.2.1.4.2.3	Stehenlassen von Darlehen/Neugesellschafter/ ausgeschiedener Gesellschafter	1261
5.2.1.4.2.4	Abtretung des Darlehens	1262
5.2.1.4.2.5	Eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung quasi abgeschlossen	1262
5.2.1.4.2.6	Rechtsfolgen	1263
5.2.1.4.2.7	Vom Gesellschafter besicherte Darlehen eines Dritten . .	1263
5.2.1.4.2.8	Eigenkapitalersatz von Geschäftsführergehältern	1264
5.2.2	Kapitalerhaltung bei der GmbH & Co. KG	1264
5.2.3	Kapitalerhaltung bei der AG	1265
5.2.3.1	Einleitung	1265
5.2.3.2	Verbot der Einlagenrückgewähr (§ 57 AktG)	1265
5.2.3.2.1	Tatbestand	1265
5.2.3.2.2	Anspruchsgegner	1266
5.2.3.2.3	Beweislast	1266
5.2.3.2.4	Erstattungspflicht	1266
5.2.3.3	Haftung des Vorstands und des Aufsichtsrates	1266
5.3	Handelndenhaftung bei Gründung der Gesellschaft	1266
5.3.1	Handelndenhaftung bei Gründung der Gesellschaft	1266
5.3.1.1	Einleitung	1266
5.3.1.2	Vorgründungsgesellschaft	1267
5.3.1.3	Vor-GmbH	1268
5.3.1.4	Haftung des Geschäftsführers gemäß § 11 Abs. 2 GmbHG bei Handeln für die spätere GmbH oder Vor-GmbH	1268
5.3.1.4.1	Handelnder	1268
5.3.1.4.2	Im Namen der Gesellschaft	1268
5.3.1.4.3	Geltendmachung in der Insolvenz	1268
5.3.1.4.4	Ende des Anspruchs	1268
5.3.1.4.5	Ersatzansprüche des organschaftlichen Vertreters	1269
5.3.1.5	Gründerhaftung – Ansprüche der Gesellschaft aus Innenhaftung	1269

5.3.1.5.1	Vorbelastungshaftung analog §§ 9, 19 GmbHG – Kapitalaufbringung	1270
5.3.1.5.1.1	Eintragung ins Handelsregister	1270
5.3.1.5.1.2	Anwendbarkeit von §§ 19 ff. GmbHG	1270
5.3.1.5.1.3	Haftungsumfang	1271
5.3.1.5.1.4	Beweislast	1271
5.3.1.5.1.5	Verjährung	1271
5.3.1.5.1.6	Geschäftsführerhaftung	1272
5.3.1.5.1.7	Vor-Aktiengesellschaft	1272
5.3.1.5.2	Verlustdeckungshaftung bei Nichteintragung der GmbH	1272
5.3.1.5.2.1	Vermögenslosigkeit der Vor-GmbH	1272
5.3.1.5.2.2	Fehlender Geschäftsführer/nur ein Gläubiger	1272
5.3.1.5.2.3	Einpersonen-Vor-GmbH	1273
5.3.1.5.3	Aufgabe der Gründungsabsicht	1273
5.3.1.5.4	Auswirkungen des MoMiG auf die Vor-GmbH	1273
5.3.1.6	Haftung der Gründungsgesellschafter gegenüber Gläubigern im Außenverhältnis	1274
5.3.1.7	Haftung des organschaftlichen Vertreters nach § 64 Satz 1 GmbHG	1274
5.3.2	Haftung bei Gründung einer Aktiengesellschaft (§ 46 AktG)	1274
5.3.2.1	Verantwortlichkeit für die Richtigkeit und Vollständig- keit der Angaben (§ 46 Abs. 1 Satz 1 AktG)	1274
5.3.2.2	Verantwortlichkeit für die Eignung der das Geld ent- gegen nehmenden Stelle (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 1. Hs. AktG)	1275
5.3.2.3	Verantwortlichkeit für die freie Verfügbarkeit der Einlagen (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 2. Hs. AktG)	1275
5.3.2.4	Haftung für die Einlagen, Sachübernahmen und Gründungsaufwand (§ 46 Abs. 2 AktG)	1275
5.3.2.5	Haftung für Mitgesellschafter (§ 46 Abs. 4 AktG)	1275
5.3.2.6	Haftungsausschluss (§ 46 Abs. 3 AktG)	1275
5.3.2.7	Haftung der tatsächlich an der Gesellschaft wirtschaftlich Beteiligten (§ 46 Abs. 5 AktG)	1275
5.3.2.8	Haftung Dritter (§ 47 AktG)	1275
5.3.2.9	Haftung des Vorstands und des Aufsichtsrates (§ 48 AktG)	1276
5.3.2.10	Haftung der Gründungsprüfer (§ 49 AktG)	1276
5.3.2.11	Verjährung (§ 51 AktG)	1276
5.4	Existenzvernichtungshaftung (§ 826 BGB)	1276
5.4.1	Voraussetzungen	1277
5.4.1.1	Eingriff	1277
5.4.1.2	Existenzvernichtend	1278
5.4.1.3	Zumindest Eventualvorsatz	1278
5.4.1.4	Anspruchsgegner	1278
5.4.1.5	Umfang des Anspruchs	1279
5.4.1.6	Verjährung/Zinsen	1279
5.4.1.7	Geltendmachung durch den Insolvenzverwalter	1279

5.4.2	Fälle	1279
5.4.3	Gleichzeitige Verletzung von § 266 Abs. 1 StGB (Untreue)	1280
5.4.4	Bildung von Rückstellungen	1280
5.5	Innenhaftung des Geschäftsführers	1280
5.5.1	Innenhaftung des Geschäftsführers (§ 43 GmbHG)	1280
5.5.1.1	Sorgfaltsmaßstab	1280
5.5.1.2	Weisungsgebundenheit (§ 37 Abs. 1 GmbHG)	1282
5.5.1.3	Weisungsunabhängige Haftung	1282
5.5.1.4	Entlastung/Vergleich	1282
5.5.1.5	Mehrere Geschäftsführer/Delegation	1282
5.5.1.6	Beweislast	1283
5.5.1.7	Verjährung	1283
5.5.2	Haftung des Geschäftsführers nach § 64 Satz 1 GmbHG/ § 130a Abs. 2 HGB	1284
5.5.2.1	Einleitung	1284
5.5.2.1.1	Anspruchsinhaber	1285
5.5.2.1.2	Anspruchsgegner	1286
5.5.2.2	Insolvenzreife	1286
5.5.2.3	Kenntnis von der Insolvenzreife	1287
5.5.2.4	Zahlungen	1287
5.5.2.4.1	Zahlung von einem Bankkonto	1289
5.5.2.4.2	Zahlung auf ein Bankkonto	1289
5.5.2.5	Sorgfaltpflichtverletzung, privilegierte Zahlungen und Pflichtenkollision	1290
5.5.2.5.1	Austauschgeschäfte zu marktgerechten Preisen	1290
5.5.2.5.2	Privilegierte Zahlungen	1291
5.5.2.5.3	Pflichtenkollision	1291
5.5.2.6	Zahlungen an Gesellschafter nach § 64 Satz 3 GmbHG ..	1292
5.5.2.7	Verschulden	1292
5.5.2.8	Rechtsfolge/Umfang des Ersatzanspruchs	1294
5.5.2.9	Verjährung	1294
5.5.3	Haftung des Vorstands einer AG wegen Sorgfaltpflicht- verletzung (§ 93 AktG)	1294
5.5.4	Haftung des Vorstands einer AG wegen Zahlungen nach Insolvenzreife (§ 93 Abs. 2 Satz 1 AktG)	1295
5.5.5	Haftung des Aufsichtsrats einer AG	1295
5.5.6	Exkurs: Inanspruchnahme des Steuerberaters	1295
5.5.7	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. sonstigen Schutzgesetzen	1296
5.6	Außenhaftung des Geschäftsführers	1296
5.6.1	Haftung wegen Insolvenzverschleppung (§ 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 15a InsO)	1296
5.6.1.1	Antragsgegner	1297
5.6.1.2	Insolvenzreife	1297
5.6.1.3	Unterlassener Insolvenzantrag	1297
5.6.1.4	Verschulden	1297
5.6.1.5	Anspruchsinhaber	1298

5.6.1.6	Schaden	1298
5.6.1.6.1	Neugläubiger	1298
5.6.1.6.2	Altgläubiger	1299
5.6.2	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 14 Abs. 1 Nr. 1 sowie einem Schutzgesetz (StGB)	1298
5.6.3	Haftung nach § 826 BGB	1299
6.	<i>Folgen für die Gesellschaft nach Beendigung der Insolvenz</i>	1300
Kapitel 3	Strafrecht und Strafverfahrensrecht (Martini)	1301
1.	<i>Vorbemerkung</i>	1301
2.	<i>Strafrecht Allgemeiner Teil</i>	1302
2.1	Grundlagen der Strafbarkeit	1302
2.1.1	Handlung	1302
2.1.2	Gesetzlichkeitsprinzip	1303
2.1.3	Bestimmtheitsgrundsatz	1304
2.1.4	Rückwirkungs- und Analogieverbot	1304
2.1.5	Täterschaft und Teilnahme	1305
2.1.6	Vorsatz, Fahrlässigkeit und Schuld	1307
2.2	Rechtsfolgen der Tat	1307
2.2.1	Strafen	1307
2.2.2	Maßregeln	1309
2.2.3	Nebenfolgen	1309
3.	<i>Grundfragen des Strafverfahrensrechts</i>	1309
3.1	Quellen des Strafverfahrensrechts	1310
3.2	Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen	1310
3.3	Abschluss strafrechtlicher Ermittlungen	1310
3.4	Ergebnis strafrechtlicher Ermittlungen	1311
3.5	Besondere Verfahrensarten	1311
3.5.1	Strafbefehlsverfahren (§§ 407 ff. StPO)	1311
3.5.2	Beschleunigtes Verfahren (§§ 417 ff. StPO)	1312
3.6	Rechtsbehelfe	1312
3.7	Gesetz zur Regelung der Verständigung im Straf- verfahren	1313
4.	<i>Ausgewählte Straftatbestände</i>	1313
4.1	Insolvenzverschleppung (§ 15a Abs. 4, 5 InsO)	1313
4.1.1	Allgemeines	1313
4.1.2	Täterkreis	1314
4.1.3	Objektiver Tatbestand	1315
4.1.4	Subjektiver Tatbestand	1316
4.1.5	Rechtswidrigkeit und Schuld	1317
4.1.6	Täterschaft und Teilnahme	1317
4.2	Bankrott (§§ 283 ff. StGB)	1317
4.2.1	Allgemeines	1317
4.2.2	Täterkreis	1318
4.2.3	Objektiver Tatbestand	1318

4.2.3.1	§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB (Unterdrückung von Vermögensbestandteilen)	1318
4.2.3.2	§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB (Risikogeschäfte und unwirtschaftliche Ausgaben)	1319
4.2.3.3	§ 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB (Verschleuderung).	1320
4.2.3.4	§ 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB (Vortäuschung oder Anerkennung erdichteter Rechte)	1321
4.2.3.5	§ 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB (Verstoß gegen die Buchführungspflicht)	1321
4.2.3.6	§ 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB (Unterdrückung von Handelsbüchern)	1321
4.2.3.7	§ 283 Abs. 1 Nr. 7 StGB (Verstoß gegen Bilanzierungs- oder Inventarisierungspflicht)	1322
4.2.3.8	§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB (Auffangtatbestand)	1322
4.2.3.9	§ 283 Abs. 2 StGB (Herbeiführung von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung)	1322
4.2.3.10	Wahlfeststellung	1322
4.2.4	Subjektiver Tatbestand	1323
4.2.5	Besonders schwerer Fall des Bankrotts	1323
4.3	Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	1323
4.4	Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB)	1324
4.4.1	Allgemeines	1324
4.4.2	Täterkreis	1324
4.4.3	Objektiver Tatbestand	1324
4.4.4	Subjektiver Tatbestand	1325
4.4.5	Täterschaft und Teilnahme	1325
4.5	Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)	1325
4.5.1	Allgemeines	1325
4.5.2	Täterkreis	1325
4.5.3	Objektiver Tatbestand	1325
4.5.4	Subjektiver Tatbestand	1326
4.5.5	Besonders schwerer Fall der Schuldnerbegünstigung	1326
4.6	Betrug (§ 263 StGB)	1326
4.6.1	Allgemeines	1326
4.6.2	Täterkreis	1327
4.6.3	Objektiver Tatbestand	1327
4.6.4	Subjektiver Tatbestand	1329
4.6.5	Besonders schwerer Fall des Betrugs	1329
4.7	Kreditbetrug (§ 265b StGB)	1329
4.7.1	Allgemeines	1329
4.7.2	Täterkreis	1330
4.7.3	Objektiver Tatbestand	1330
4.7.4	Subjektiver Tatbestand	1330
4.7.5	Täterschaft und Teilnahme	1331
4.8	Untreue (§ 266 StGB)	1331
4.8.1	Allgemeines	1331
4.8.2	Objektiver Tatbestand	1331
4.8.2.1	Missbrauchstatbestand	1332

4.8.2.2	Treuebruchtatbestand	1332
4.8.3	Subjektiver Tatbestand	1333
4.8.4	Täterschaft und Teilnahme	1333
4.8.5	Besonders schwerer Fall der Untreue	1333
4.9	Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB)	1333
4.9.1	Allgemeines	1333
4.9.2	Täterkreis	1334
4.9.3	Objektiver Tatbestand	1334
4.9.3.1	Vorenthalten von Arbeitnehmerbeiträgen (§ 266a Abs. 1 StGB)	1334
4.9.3.2	Vorenthalten von Arbeitgeberbeiträgen (§ 266a Abs. 2 StGB)	1335
4.9.3.3	Einbehalten sonstiger Lohnbestandteile (§ 266a Abs. 3 StGB)	1335
4.9.4	Subjektiver Tatbestand	1335
4.9.5	Täterschaft und Teilnahme	1335
4.9.6	Besonders schwerer Fall	1336
4.9.7	Strafausschließung	1336
4.10	Pfandkehr (§ 289 StGB)	1336
4.11	Verstrickungsbruch (§ 136 Abs. 1 StGB)	1336
4.12	Falsche Versicherung an Eides statt (§ 156 StGB)	1337
4.13	Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1337
4.13.1	Allgemeines	1337
4.13.2	Objektiver Tatbestand	1338
4.13.3	Subjektiver Tatbestand	1339
4.13.4	Besonders schwerer Fall	1339
4.13.5	Selbstanzeige	1339
4.14	Weitere Straftatbestände	1339
5.	<i>Strafrechtliche Risiken von Verfahrensbeteiligten</i>	1340
5.1	Allgemeines	1340
5.2	Insolvenzverwalter	1340
5.2.1	Allgemeine Schädigungsverbote	1340
5.2.2	Spezifische insolvenzrechtliche Pflichten	1341
5.2.3	Weitere strafrechtliche Risiken	1341
5.3	Kreditinstitute	1341
5.4	Sanierungs- und Steuerberater	1342
5.5	Firmenbestatter	1342

Teil 7

**Die Rolle des Steuerberaters
in der Krise des Mandanten**

(Schmid)

1343

1.	<i>Vorbemerkung und Abgrenzung</i>	1345
2.	<i>Das Steuerberatungsmandat im Vorfeld der Krise</i>	1345
2.1	Pflichten des Steuerberaters vs. berufsrechtliche Grenzen	1345
2.1.1	Auftragstypen und potenzielle Anspruchsgrundlagen	1345

2.1.2	Rechtliche Zulässigkeit der insolvenznahen Tätigkeiten des Steuerberaters	1347
2.1.3	Besonderheiten beim Voll- oder Dauermandat	1349
2.1.4	Spezialmandat Sanierungsberatung und Prüfung von Insolvenzantragsgründen	1353
2.2	Honorarvereinbarung und Honorarsicherung	1355
2.2.1	Honorarvereinbarung	1355
2.2.2	Honorarsicherung	1356
3.	<i>Das Steuerberatermandat nach eingetretener Insolvenz .</i>	1360
3.1	Einführung	1360
3.2	Mandatsbeendigung	1360
3.3	Mandatserteilung durch den Insolvenzverwalter	1361
3.4	Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters	1363
3.5	Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters im eröffneten Insolvenzverfahren	1364

Teil 8

Sonderaspekte 1367

Kapitel 1	Die Verwertung von Immobilien im Insolvenzverfahren	
	<i>(Kallies)</i>	1369
1.	<i>Einleitung</i>	1369
2.	<i>Rechtsmacht zum Verkauf</i>	1373
2.1	Verkauf durch den Insolvenzverwalter	1373
2.2	Verkauf durch den vorläufigen Insolvenzverwalter (Sequester)	1374
2.3	Verkauf im Rahmen von Verbraucherinsolvenzverfahren .	1375
2.4	Eigenverwaltung	1376
2.5	Auswirkungen des § 160 InsO	1376
2.6	Zwangsverwaltungs- und Zwangsversteigerungsverfahren	1378
3.	<i>Angaben zum Kaufgegenstand und seiner Beschaffenheit</i>	1378
4.	<i>Kaufpreis und Umsatzsteuer</i>	1379
5.	<i>Kaufpreisfälligkeitvoraussetzungen</i>	1380
5.1	Vertragswirksamkeit	1381
5.2	Eigentumsvormerkung und § 878 BGB	1381
5.3	Vorkaufsrechte	1383
5.4	Heimfall nach ErbbauRG	1384
5.5	Sicherung der Lastenfreiheit im Grundbuch	1385
5.6	Genehmigungen und Zustimmungserfordernisse	1385
6.	<i>Abstimmungen mit Grundpfandgläubigern beim Verkauf</i>	1386
6.1	Aus dem Kaufpreis ablösbare Belastungen	1386
6.2	Den Kaufpreis übersteigende Belastungen, Massebeteiligung, Haftungsfreistellung	1387
6.2.1	Massebeteiligung	1387
6.2.2	Haftungsfreistellung	1387
6.3	Anspruch auf Löschung nachrangiger Grundpfandrechte	1388

7.	<i>Haftung für Rechts- und Sachmängel</i>	1389
7.1	Abgrenzung zu Beschaffenheitsangaben.	1389
7.2	Verbraucher oder Unternehmer im Sinne des Gesetzes	1389
7.3	Keine Privilegierung bei Haftungsausschlüssen	1390
7.4	Keine Zurechnung von Gemeinschuldnerwissen	1391
7.5	Haftung für öffentliche Lasten	1391
7.6	Haftung der Insolvenzmasse und des Verwalters	1391
8.	<i>Regelungen zur Übergabe des Kaufgegenstandes</i>	1393
8.1	Harmonisierung mit Aufhebung der Zwangsverwaltung	1393
8.2	Übergang von Miet- und Pachtverträgen	1394
8.3	Sonderkündigungsrechte	1394
8.4	Überleitung von Mietsicherheiten.	1394
8.5	Wohngeldrückstände	1396
9.	<i>Vollmachten in Kaufverträgen</i>	1398
Kapitel 2	Die internationale Zuständigkeit (Stark)	1399
1.	<i>Einführung und Abgrenzung</i>	1399
2.	<i>Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug zu einem Mitgliedstaat der Europäischen Union</i>	1401
2.1	Anwendungsbereiche	1401
2.1.1	Zeitlicher Anwendungsbereich	1401
2.1.2	Sachlicher Anwendungsbereich	1401
2.1.2.1	Bestimmung in Art. 1 Abs. 1 EuInsVO	1401
2.1.2.2	Abgrenzung zwischen Annexverfahren und allgemeinem Zivilverfahren	1402
2.1.2.3	Insbesondere Anfechtungsprozesse	1403
2.1.3	Persönlicher Anwendungsbereich.	1403
2.1.4	Räumlicher Anwendungsbereich	1404
2.2	Internationale Zuständigkeit gemäß Art. 3 EuInsVO – Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen (COMI) vor der EuInsVO.	1406
2.2.1	Rechtsprechung nationaler Gerichte	1407
2.2.1.1	Mind-of-Management-Theorie	1407
2.2.1.2	Business-Activity-Theorie.	1407
2.2.2	Rechtsprechung des EuGH	1408
2.2.3	Stellungnahme.	1412
2.3	Ortsveränderung des COMI oder unzulässiges „forum shopping“?	1415
2.4	Internationale Zuständigkeit gemäß Art. 3 EuInsVO nach der Reform	1419
2.5	Konzerninsolvenzrecht und Reform	1420
2.5.1	Rahmen für eine Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Konzerninsolvenzen.	1421
2.5.2	Einleitungsverfahren.	1422
2.5.3	Anordnung des Koordinationsverfahrens.	1422
2.5.4	Der Koordinator.	1423
2.5.5	Empfehlungen und Gruppen-Koordinationsplan	1423

2.6	Bindungswirkung, Art. 16 EuInsVO	1424
2.6.1	Grundsätze	1424
2.6.2	„Eröffnung eines Insolvenzverfahrens“ im Sinne von Art. 16 EuInsVO	1425
2.6.3	Wirkung der Anerkennung	1426
2.7	Territorialinsolvenzverfahren (Sekundär- und Partikular- insolvenzverfahren)	1426
3.	<i>Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug zu Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union</i>	1429
3.1	Anwendungsbereich	1429
3.2	Mittelpunkt der selbstständigen Tätigkeit, § 3 Abs. 1 Satz 2 InsO	1429
3.3	Bindungswirkung, § 343 InsO	1431
3.4	Einstellung des Geschäftsbetriebes im Zuge der Antragstellung	1431
3.5	Konzerninsolvenzrecht – Der Regierungsentwurf vom 30.01.2014	1431
4.	<i>UNCITRAL-Model Law on Cross-Border Insolvency</i>	1432
Kapitel 3	Konzerninsolvenzrecht (Rattunde)	1433
1.	<i>Aktuelle Situation</i>	1433
2.	<i>Regelungen des Gesetzesentwurfs zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen</i>	1434
2.1	Gruppen-Gerichtsstand	1435
2.2	Einheitliche Verwalterbestellung	1436
2.3	Kooperationsrechte und -pflichten	1436
2.4	Koordinationsverfahren	1437
3.	<i>Bewertung dieser Regelungen</i>	1438
3.1	Gruppen-Gerichtsstand	1438
3.2	Einheitliche Verwalterbestellung	1438
3.3	Koordinationsrechte und -pflichten	1440
3.4	Koordinationsverfahren	1440
4.	<i>Europa und Ausblick</i>	1440

Teil 9

**Der Fachberater für Sanierung
und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.) –
berufs-, haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte**
(Pestke/Michel) 1443

1.	<i>Einführung</i>	1445
2.	<i>Besondere Ausgestaltung des Fachberaters</i>	1447
3.	<i>Einsatzgebiete des Fachberaters</i>	1448
3.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1448
3.2	Risikomanagement-Beratung	1449
3.3	Krisenberatung	1449
3.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1450

3.5	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der insolvenzrechtlichen Sanierung	1451
3.5.1	Insolvenzeröffnungsverfahren	1451
3.5.2	Insolvenzverfahren	1452
3.5.3	Aufgaben des Insolvenzverwalters allgemein	1452
3.6	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der Abwicklung.	1453
3.7	Mitwirkung in Gläubigerausschüssen	1454
4.	<i>Berufsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1454
4.1	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem StBerG	1454
4.1.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1454
4.1.2	Risikomanagement-Beratung.	1454
4.1.3	Krisenberatung	1454
4.1.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1454
4.1.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1454
4.1.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung.	1454
4.2	Vergütung der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten.	1454
4.2.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1454
4.2.2	Risikomanagement-Beratung.	1455
4.2.3	Krisenberatung	1455
4.2.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1455
4.2.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1456
4.2.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung.	1456
4.3	Werbemöglichkeiten für die vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten	1457
4.4	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem RDG	1457
4.4.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1457
4.4.2	Risikomanagement-Beratung.	1457
4.4.3	Krisenberatung	1458
4.4.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1458
4.4.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1460
4.4.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung.	1460
4.5	Sicherung des Vergütungsanspruchs	1460
5.	<i>Haftungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1461
5.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1461
5.2	Risikomanagement-Beratung.	1462
5.3	Krisenberatung	1462
5.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1462
5.5	Tätigkeit als Insolvenzverwalter	1463
5.5.1	Zivilrechtliche Haftung.	1463
5.5.2	Haftung nach Steuerrecht	1463
5.6	Haftungsverschärfung bei Fachberatern für Sanierung und Insolvenzberatung in den vorgenannten Gebieten?	1464
6.	<i>Versicherungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1464

6.1	Versicherungsschutz für vereinbare Tätigkeiten allgemein	1464
6.2	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1465
6.3	Risikomanagement-Beratung	1465
6.4	Krisenberatung	1465
6.5	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1465
6.6	Tätigkeit als Insolvenzverwalter	1466
7.	<i>Tätigkeit des Fachberaters in Gläubigerausschüssen</i>	1467
7.1	Allgemein	1467
7.2	Vereinbare Tätigkeit	1468
7.3	Vergütungsmodalitäten	1468
7.4	Frage der Rechtsberatung	1469
7.5	Haftungsrisiken	1469
7.6	Versicherungsschutz	1469
8.	<i>Tätigkeit des Fachberaters als Insolvenzverwalter</i>	1470
8.1	Rechtsgrundlagen der Bestellung zum Insolvenz- verwalter	1470
8.2	Aufnahme des Fachberaters in Vorauswahllisten	1471
8.3	Auswahl des Fachberaters als Insolvenzverwalter durch das Insolvenzgericht	1472
8.4	Auswahl des Fachberaters durch den vorläufigen Gläubigerausschuss.	1473
8.5	Weitere Einsatzmöglichkeiten	1473
9.	<i>Fazit</i>	1476

Teil 10

**Bescheinigung gemäß § 270 Abs. 1 Satz 3 InsO
(Schutzschirmbescheinigung)**

(Reinhardt)

1479

1.	<i>Gesetzliche Grundlage und Einordnung des sog. Schutz- schirmantrages.</i>	1481
2.	<i>Aussteller der Bescheinigung nach § 270b Abs. 1 Satz 3 InsO.</i>	1482
2.1	Berufsträgerkonzept	1482
2.2	Allgemeines Sachkundekonzept	1485
3.	<i>Inhalt der Bescheinigung.</i>	1486
3.1	Aussage zur Insolvenzzreife des Schuldners	1486
3.2	Aussage zur Sanierungsfähigkeit	1487
3.3	Notwendigkeit zur Einholung von Informationen bei wesentlichen Gläubiger	1492
4.	<i>Form der Bescheinigung nach § 270b Abs. 1 Satz 1 InsO.</i>	1494
5.	<i>Haftung des Bescheinigers nach § 270b Abs. 1 Satz 3 InsO.</i>	1497
5.1	Anspruch aus Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers.	1498

Inhaltsverzeichnis

5.2	Anspruch aus Vertrag wegen fehlerhafter Bescheinigung	1498
5.3	Anspruch auf Schadensersatz wegen fehlgeschlagener Sanierung	1499
5.4	Ansprüche der Gläubiger aus vertragsähnlichem Schuldverhältnis gegen den Bescheiniger	1500
5.5	Anspruch aus unerlaubter Handlung i. V. mit einem Schutzgesetz	1501
5.6	Anspruch aus vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung . .	1501
5.7	Anspruch anderer Verfahrensbeteiligter gegen den Bescheiniger	1502
	Anhang: Fachberaterrichtlinien mit Anlage 2	1503
	Literaturverzeichnis	1513
	Stichwortverzeichnis	1527